

Michael Stürner

Europäisches Vertragsrecht

Ius Communitatis



Herausgegeben von
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M. (Berkeley)

Michael Stürner

Europäisches Vertragsrecht

Institutionelle und methodische Grundlagen,
materielles Recht, Kollisionsrecht

DE GRUYTER

Prof. Dr. **Michael Stürner**, M.Jur. (Oxford), Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Konstanz
sowie Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe.

ISBN 978-3-11-071823-2

e-ISBN (PDF) 978-3-11-071869-0

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-071874-4

Library of Congress Control Number: 2020948130

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Einbandabbildung: akg-images: „Bauhaustreppe“, 1932, Oskar Schlemmer

Satz: jürgen ullrich typesatz, Nördlingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com



Für Juliane, Delia und Greta

Vorwort

Das Privatrecht der Europäischen Union befindet sich in einer Sinnkrise. Nach vielen Jahren einer fortschreitenden Integration hat die in den Gründungsverträgen vorgezeichnete und auch später betonte Entwicklung hin zu einer immer dichteren Harmonisierung heute stark an Dynamik verloren. War es nach einer Vielzahl von sektoriellen Rechtsakten vor einigen Jahren noch mit großer Anstrengung gelungen, mit der Verbraucherrechte-Richtlinie ein horizontales Instrument zu verabschieden, so ließ sich dies politisch nur unter Herauslösung der für das Privatrecht so zentralen Materie des Kaufrechts erreichen. Der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (GEK), dessen Optionalität eine vermeintlich so elegante Alternative zu der rechtspolitischen Gratwanderung vollharmonisierender Legistik zu bieten schien, fand bekanntlich ein eher unrühmliches Ende. In den nachfolgenden Jahren rang man um die Form, in welche die Konkursmasse des GEK gegossen werden sollte. Im Rahmen der Digitalen Agenda der EU-Kommission wurde schließlich zum einen ein Sonderregime für Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte und Dienstleistungen in Kraft gesetzt. Ein zweiter Vorschlag hatte sich vor allem dem Online-Warenhandel gewidmet. Doch ließ sich die darin geplante kaufrechtliche Sonderbehandlung von Online- und anderen Fernabsatzgeschäften kaum allein mit dem in diesem Sektor vermuteten Wachstumspotenzial rechtfertigen. Die nun geltende Richtlinie verwirklicht einen vollharmonisierenden Ansatz für weite Bereiche des Verbraucherkaufrechts, wenngleich sie inhaltlich nur wenige Neuerungen bringt. So lässt sich das Privatrecht der EU weiterhin als der oft zitierte Flickenteppich – oder optimistischer: als pointilistisches Gemälde – charakterisieren.

Die Rechtswissenschaft hat diese Entwicklungen europaweit kritisch, aber auch konstruktiv begleitet. Sie löst sich mehr und mehr von einer rein dogmatischen Betrachtung des nationalen Rechts und öffnet sich der vergleichenden Perspektive. Eine solchermaßen europäische Jurisprudenz kann den Boden bereiten für eine bessere Rechtssetzung auf Unionsebene. Hierzu möchte auch das vorliegende Werk einen Beitrag leisten. Wenn es sich dabei im Wesentlichen dem deutschen Recht als Referenzebene für die Wechselwirkungen zwischen Unionsrecht und nationalem Recht widmet, so ist das naturgemäß der Fachnähe des Autors, daneben aber auch dem dahingehenden Informationsbedürfnis der deutschsprachigen Leserschaft geschuldet. An geeigneten Stellen werden aber immer wieder Bezüge zu anderen Rechtsordnungen hergestellt. Eine umfassendere Berücksichtigung der Besonderheiten weiterer Mitgliedstaaten hätte freilich den Rahmen dieses Buches gesprengt. Dessen vorrangiges Erkenntnisinteresse gilt dem Privatrecht der Europäischen Union, konkreter noch: dessen Regelungen mit Bezug zum Vertragsrecht. Mit diesem Werk wird der Versuch unternommen, den Rechtsstoff des *acquis communautaire* zu ordnen und systematisch aufzubereiten, gleichzeitig aber auch dessen offenkundige Widersprüche und Auslassungen jedenfalls ein Stück weit zu glätten und zu überbrücken. Das kann nur unter Bezugnahme auf gemeinsame Rechtstraditionen und -prinzipien der Mitglied-

staaten – den *acquis commun* – gelingen. In den Blick zu nehmen ist dazu weiter das Internationale Privatrecht einschließlich des Internationalen Zivilprozessrechts, das bereits in weitaus höherem Maße vereinheitlicht ist als das Sachrecht. Vielfach zeigen sich hier Bruchlinien, etwa hinsichtlich des Verbraucherbegriffs; doch bietet sich gerade in diesem Bereich ein reicher Fundus an Erfahrung mit autonomer Auslegung, der für andere Bereiche des Privatrechts fruchtbar gemacht werden kann.

Dieses Buch hat eine lange Entstehungsgeschichte. Es schöpft aus der Erfahrung von zahlreichen Vorlesungen, Übungen und Seminaren zum Europäischen Privatrecht, zur Rechtsvergleichung, zum Internationalen Privat- und Verfahrensrecht, aber auch zum allgemeinen Bürgerlichen Recht, das ohne seine europäischen Bezüge heute nicht mehr sinnvoll unterrichtet werden kann. Forschung und Lehre gehen Hand in Hand und befruchten sich wechselseitig: Nicht selten fließen Anregungen aus Vorlesungen in Forschungsvorhaben ein; umgekehrt profitiert der akademische Unterricht von eigenen wissenschaftlichen Vorarbeiten. Mit den Jahren wuchs das Manuskript in Umfang und Reichweite, dies aber durchaus nicht linear. Der Blickwinkel wurde bewusst weit gewählt: Alle vertragsbezogenen Aspekte des Unionsrechts verdienen Berücksichtigung. Die Endphase der Manuskripterstellung fiel in das Corona-Jahr. Ein Forschungsaufenthalt an der University of Cambridge im Frühjahr und Sommer 2020 ermöglichte trotz der massiven Einschränkungen durch die Pandemie ein konzentriertes Arbeiten – dem Gastgeber in Cambridge, Prof. Dr. Jens M. Scherpe, MA (Cantab), M.Jur. (Oxon), sei herzlich für die freundliche Aufnahme gedankt. Das Werk befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von August 2020. Nachfolgende Entwicklungen konnten punktuell noch berücksichtigt werden.

Viele Personen haben zum Gelingen dieses Werks beigetragen. Allen voran danke ich meinem verehrten akademischen Lehrer Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel für die steti-ge und nachhaltige Förderung. Er hat mich bereits zu Beginn meiner Kölner Assistentenzeit mit der Konzeption und Durchführung einer Vorlesung zum Europäischen Privatrecht betraut und damit den Grundstein gelegt für die andauernde Befassung mit diesem faszinierenden Rechtsgebiet. Hinsichtlich Struktur und Methodik des Werks haben mich viele Diskussionen mit Prof. Dr. Marc-Philippe Weller vorangebracht; die Sicht der notariellen Praxis brachte Dr. Christoph Moes, LL.M. (Harvard) ein. Wertvolle Anregungen lieferte der rege Austausch mit Priv.-Doz. Dr. Christoph Wendelstein und Dr. Adrian Hemler. Einen großen Anteil am Gelingen des Werkes hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Konstanzer Lehrstuhl. Für wertvolle Unterstützung bei der Manuskripterstellung und beim Lektorat danke ich Maria Kaufhold, Christian Funk und Julius Azzola. Das Sachverzeichnis haben Julius Azzola, Christian Funk und Johannes Veigel selbstständig und akribisch erstellt. Bei der Materialbeschaffung, der Fahnenkorrektur und der Erstellung des Abkürzungsverzeichnisses haben Bernhard Bohner, Carolin Dedek, Philipp Hartmann, Sebastian Hub, Florian Reiners und Theresia Zink tatkräftig mitgeholfen; hierfür gebührt ihnen mein herzlicher Dank.

Dem Herausgeber der Ius-Communitatis-Reihe, Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M. (Berkeley), sei gedankt für immerwährende Geduld und Zuspruch auch in Phasen, in denen es kaum Fortschritte zu vermelden gab. Für die hervorragende Betreuung bei der Drucklegung danke ich schließlich dem Verlag Walter de Gruyter und hier stellvertretend Friederike Buhl, LL.M.

Wissenschaft lebt vom fortwährenden Diskurs. Kritik und Anregungen sind daher stets willkommen (michael.stuerner@uni-konstanz.de).

Konstanz, im Dezember 2020

Michael Stürner

Inhaltsübersicht

Vorwort — VII

Abkürzungsverzeichnis — XXXVII

Allgemeines Literatur- und Quellenverzeichnis — XLVII

Erster Teil: Institutionelle und methodische Grundlagen

1. Kapitel: Grundlagen und Grundbegriffe — 3

- § 1 Funktion und Ziele einer Privatrechtsharmonisierung — 3
- § 2 Begriff und Gegenstand des Europäischen Vertragsrechts — 9
- § 3 Die Entwicklung des Europäischen Vertragsrechts — 53
- § 4 Der Beitrag wissenschaftlicher Unternehmungen zum europäischen Privatrecht — 83
- § 5 Europäisches Vertragsrecht in der juristischen Ausbildung — 106
- § 6 Rechtsquellen und Rechtsgrundlagen des europäischen Binnenmarktrechts — 110

2. Kapitel: Einwirkungen des Unionsrechts auf das nationale Privatrecht — 123

- § 7 Unionsrecht als zweite Metaordnung für das nationale Vertragsrecht — 123
- § 8 Insbesondere: Privatrechtsangleichung durch Richtlinien — 156

Zweiter Teil: Materielles Vertragsrecht

- § 9 Überblick und Kategorien — 211

1. Kapitel: Allgemeine Prinzipien des Vertragsrechts — 230

- § 10 Vertragsfreiheit und Vertragsbindung — 230
- § 11 Materielle Vertragsgerechtigkeit — 235

2. Kapitel: Vertragsschluss — 265

- § 12 Informationspflichten — 265
- § 13 Angebot und Annahme — 284
- § 14 Widerrufsrechte und Widerrufsfolgen — 309

3. Kapitel: Vertragsinhalt — 356

- § 15 Inhalt und Auslegung von Verträgen — 356
- § 16 Inhalts- und Ausübungskontrolle von AGB — 362

4. Kapitel: Vertragsdurchführung — 406

§ 17 Pflichten aus dem Vertrag — 406

§ 18 Die Vertragsverletzung — 410

5. Kapitel: Antidiskriminierungsrecht — 436

§ 19 Gleichbehandlung und Zivilrecht — 436

§ 20 Zivilrechtliches Antidiskriminierungsrecht — 443

6. Kapitel: Einzelne Vertragstypen — 454

§ 21 Vertragstypenlehre und EU-Vertragsrecht — 454

§ 22 Der Kaufvertrag — 459

§ 23 Vertragsrecht im digitalen Zeitalter — 521

§ 24 Der Verbraucherkreditvertrag — 552

§ 25 Der Pauschalreisevertrag — 563

§ 26 Der Timesharing-Vertrag — 570

§ 27 Der Handelsvertretervertrag — 574

§ 28 Beförderungsverträge — 578

Dritter Teil: Internationales Vertragsrecht

§ 29 Die Rolle des Internationalen Privatrechts — 591

§ 30 Prinzipien des Internationalen Vertragsrechts — 608

§ 31 Europäisches Internationales Vertragsrecht: Grundlagen — 615

§ 32 Die Rom I-VO — 628

§ 33 Durchsetzung von Richtlinienvorgaben durch IPR — 693

Vierter Teil: Europäisches Vertragsrecht im Gesamtkontext

§ 34 Kohärenz und Systembildung im Europäischen Vertragsrecht — 701

§ 35 Gerichtliche Rechtsdurchsetzung von Unionsrecht — 738

§ 36 Staatshaftung — 783

§ 37 Exkurs: Außergerichtliche Rechtsdurchsetzung — 798

Stichwortverzeichnis — 811

Inhaltsverzeichnis

Vorwort — VII

Abkürzungsverzeichnis — XXXVII

Allgemeines Literatur- und Quellenverzeichnis — XLVII

Erster Teil:

Institutionelle und methodische Grundlagen

1. Kapitel:

Grundlagen und Grundbegriffe — 3

§ 1 Funktion und Ziele einer Privatrechtsharmonisierung — 3

- I. Verwirklichung des Binnenmarktes — 3
 1. Vereinheitlichung der Schutzstandards: „Verbraucherrecht“ — 4
 2. Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen: „Unternehmensaußenrecht“ — 5
 3. Vereinheitlichung der allgemeinen Marktbedingungen: „Marktteilnehmerrecht“ — 7
- II. Einheitlicher Rechtsraum — 7
- III. Die Rolle des Vertragsrechts im Binnenmarkt — 8

§ 2 Begriff und Gegenstand des Europäischen Vertragsrechts — 9

- I. Europäisches Vertragsrecht als Teil des Europäischen Privatrechts — 10
 1. Unionsprivatrecht und europäisches Konventionsprivatrecht — 10
 - a) Gemeinschaftsprivatrecht bzw. Unionsprivatrecht — 10
 - b) Konventionalprivatrecht — 11
 2. Gemeineuropäisches Privatrecht oder *ius commune* — 12
 3. Oberbegriff: Europäisches Privatrecht — 13
- II. Europäisches Vertragsrecht — 14
 1. Ausgangspunkt — 14
 2. Verschiedene Annäherungen an den Vertrag — 15
 - a) Rechtsphilosophische Betrachtung — 15
 - b) Ökonomische Betrachtung — 15
 - c) Funktional-sachorientierte Definition: Vertrag als freiwillig eingegangene Verpflichtung — 16
 3. Abgrenzung zum Deliktsrecht — 18
 4. Verbraucher und Unternehmer im Binnenmarkt — 19

- a) Die Schutzwürdigkeit des Verbrauchers — **19**
 - b) Der Verbraucherbegriff — **20**
 - c) Schutzzumfang — **23**
 - d) Schutzmechanismen — **24**
 - 5. Überindividuelle Ziele im Vertragsrecht — **24**
 - a) Distributive Elemente — **25**
 - b) Nachhaltigkeit — **26**
 - 6. Die Rolle von Vereinheitlichungsprojekten — **28**
 - III. Sachbereiche des Europäischen Vertragsrechts — **29**
 - 1. Materielles europäisches Vertragsrecht — **29**
 - 2. Internationales Vertragsrecht — **30**
 - IV. Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung der Europäischen Union — **31**
 - 1. Harmonisierungsziele — **31**
 - 2. Harmonisierungswege — **31**
 - a) Kollisionsrechtsvereinheitlichung — **32**
 - b) Sachrechtsvereinheitlichung — **33**
 - c) Das Mischsystem des geltenden Rechts und seine partiellen Defizite — **33**
 - 3. Harmonisierungsgrad — **34**
 - a) Rechtsangleichung: Richtlinienrecht — **35**
 - b) Rechtsvereinheitlichung: Verordnungsrecht, Primärrecht und Konventionsrecht — **35**
 - 4. Methoden und Techniken der Harmonisierung — **36**
 - a) Positive und negative Harmonisierung — **36**
 - b) Legislative und judikative Harmonisierung — **37**
 - c) Mindest- und Vollharmonisierung — **37**
 - d) Differenzierte Integration — **42**
 - e) Optionale Harmonisierung — **43**
 - 5. Abgrenzung: Rechtsharmonisierung außerhalb des Unionsrechts — **45**
 - a) Echte Harmonisierung — **45**
 - b) Harmonisierung durch „Soft Law“ — **48**
- § 3 Die Entwicklung des Europäischen Vertragsrechts — 53**
- I. Das ius commune als Vorläufer des Europäischen Privatrechts — **54**
 - 1. Die Entwicklung eines „Gemeinen“ Rechts — **54**
 - 2. Nationalisierung der Privatrechtsordnungen durch Kodifikationen — **55**
 - 3. Die historische Betrachtung als Mittel zum Verständnis der Gegenwart — **55**

- II. Das Fernziel einer europäischen Kodifikation — **56**
 - 1. Kodifikation und Binnenmarkt — **57**
 - 2. Die Entschließung des Europäischen Parlaments — **58**
 - 3. Der Aktionsplan der Kommission und spätere Mitteilungen — **58**
- III. Das Scheitern der großen Idee: der Draft Common Frame of Reference (DCFR) — **60**
 - 1. Inhalt — **60**
 - 2. Mögliche Einsatzbereiche — **61**
 - 3. Der DCFR als Normenspeicher — **64**
- IV. Die Flucht nach vorne: der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (GEK) — **66**
 - 1. Regelungsgegenstand und Kompetenzgrundlage — **67**
 - a) Förderung des Binnenmarktes — **68**
 - b) Die Genese des Vorschlags — **68**
 - c) Kompetenzgrundlage — **69**
 - d) Reaktionen aus Wissenschaft und Praxis sowie weitere Entwicklungen — **71**
 - 2. Regelungstechnik und Charakteristika des GEK — **74**
 - a) Aufbau — **74**
 - b) Optionalität — **75**
 - c) Der verbraucherschützende Charakter des GEK — **75**
- V. Weitere Entwicklungen: Vertragsrecht im digitalen Binnenmarkt — **76**
 - 1. Fokussierung auf den digitalen Binnenmarkt — **76**
 - 2. Der Schritt zurück zur Vollharmonisierung — **77**
 - 3. Der politische Entscheidungsprozess — **77**
- VI. Die Bedeutung des Brexit — **79**
 - 1. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU — **79**
 - 2. Die Übernahme von Unionsrecht im Vereinigten Königreich („Retained EU Law“) — **79**
 - 3. Wiederaufleben von Konventionalrecht? — **80**
 - 4. Brexit und die Rechtskultur des Unionsrechts — **81**

§ 4 Der Beitrag wissenschaftlicher Unternehmungen zum europäischen Privatrecht — 83

- I. Die Commission on European Contract Law (Lando-Kommission) — **84**
 - 1. Urheber und Entstehungsgeschichte — **84**
 - 2. Rechtssetzungstechnik — **85**
 - a) Principles oder Rules? — **85**
 - b) Kollisionsrechtliche Wählbarkeit? — **85**
 - c) Unbestimmte Rechtsbegriffe: Reasonable — **85**
 - 3. Bedeutung und Rezeption — **88**

- II. Die Accademia dei giusprivatisti europei (Gandolfi-Gruppe) — **89**
 - 1. Die Accademia dei giusprivatisti europei — **89**
 - 2. Rechtssetzungstechnik — **90**
 - 3. Bedeutung und Rezeption — **91**
 - III. Die Study Group on a European Civil Code — **92**
 - 1. Die Study Group — **93**
 - 2. Rechtssetzungstechnik — **94**
 - 3. Bedeutung und Rezeption — **95**
 - IV. Die European Research Group on the Existing EC Private Law (Acquis Gruppe) — **95**
 - 1. Die Acquis Gruppe — **96**
 - 2. Rechtssetzungstechnik — **97**
 - 3. Bedeutung und Rezeption — **97**
 - V. Common Core of European Private Law (Trento Gruppe) — **98**
 - 1. Die Trento Gruppe — **98**
 - 2. Arbeitsweise — **99**
 - 3. Bedeutung und Rezeption — **100**
 - VI. Das European Law Institute (ELI) — **100**
 - VII. Das Projet de Code européen des affaires — **101**
 - VIII. Die Commentaries on European Contract Laws — **104**
- § 5 Europäisches Vertragsrecht in der juristischen Ausbildung — 106**
- I. Vorgaben der Prüfungsordnungen — **106**
 - II. Klausuraufbau — **107**
 - 1. Stufe 1: Prüfung des Anspruchs nach deutschem Recht — **107**
 - 2. Stufe 2: Vorgaben des Unionsrechts für den entsprechenden Teil des Privatrechts — **107**
 - 3. Stufe 3: Umsetzung der Vorgaben im nationalen Recht — **108**
 - III. Wissenschaftliche Beschäftigung im Studium — **109**
- § 6 Rechtsquellen und Rechtsgrundlagen des europäischen Binnenmarktrechts — 110**
- I. Rechtsquellen — **111**
 - 1. Primärrecht — **111**
 - 2. Sekundärrecht — **111**
 - a) Verordnung — **111**
 - b) Richtlinie — **112**
 - c) Beschluss — **113**
 - d) Empfehlung und Stellungnahme — **113**
 - 3. Konventionsrecht — **113**
 - 4. Allgemeine Rechtsgrundsätze — **113**

- II. Rechtsgrundlagen — **114**
 - 1. Kompetenzen — **114**
 - a) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung — **114**
 - b) Die allgemeine Kompetenz aus Art. 114 AEUV — **115**
 - c) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz — **117**
 - d) Kompetenz für Verbraucherrecht — **117**
 - e) Die Kompetenz zur Einführung eines EU-Vertragsrechts — **117**
 - 2. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kompetenzschränken — **119**
 - a) Subsidiarität, Art. 5 Abs. 3 EUV — **119**
 - b) Verhältnismäßigkeit, Art. 5 Abs. 4 EUV — **120**
 - 3. Keine Rückfallsperrung beim Verbraucherschutz — **120**
- III. Erfasste Gebiete — **121**
 - 1. Kernzivilrecht mit Bezug zum Vertragsrecht — **121**
 - 2. Weiteres Zivilrecht mit Bezug zum Vertragsrecht — **122**

2. Kapitel:

Einwirkungen des Unionsrechts auf das nationale Privatrecht — **123**

§ 7 Unionsrecht als zweite Metaordnung für das nationale Vertragsrecht — **123**

- I. Rangwirkung — **123**
- II. Vorrang des Unionsrechts — **124**
 - 1. Grundsatz — **124**
 - a) Die Perspektive des Unionsrechts — **124**
 - b) Die mitgliedstaatliche Perspektive — **124**
 - 2. Unionsrechtskonforme Anwendung des nationalen Rechts — **126**
- III. Primäres Unionsrecht und nationales Recht — **127**
 - 1. Allgemeines Diskriminierungsverbot — **127**
 - 2. Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote — **128**
 - a) Grundsatz — **128**
 - b) Ansätze des EuGH — **128**
 - c) Kontrollintensität im Bereich des Privatrechts: der Fall *CMC Motorradcenter* — **129**
 - d) Weitere Beispiele — **132**
 - e) Privatrecht als bloße Verkaufsmodalität? — **133**
 - 3. Drittwirkung der Grundfreiheiten? — **135**
 - 4. Grundrechtecharta und nationales Recht — **135**
 - a) Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta — **136**
 - b) Die Wirkungsweise der Grundrechtecharta im Privatrecht — **136**
 - c) Einzelne vertragsrechtsrelevante Grundrechte — **147**

- IV. Verordnungsrecht und nationales Recht — 154
 - 1. Unmittelbar bindendes Recht — 154
 - 2. Auswirkungen auf nationales Recht — 155
- V. Richtlinien und nationales Recht — 155
- VI. Staatshaftung — 155

§ 8 Insbesondere: Privatrechtsangleichung durch Richtlinien — 156

- I. Die Umsetzung von Richtlinien — 157
 - 1. Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung — 157
 - 2. Kodifikation oder Sondergesetz? — 158
- II. Gestaltungsfreiheit des nationalen Gesetzgebers — 159
 - 1. Räumlicher Geltungsanspruch — 159
 - a) Binnensachverhalte — 159
 - b) Binnenmarktsachverhalte — 160
 - c) Drittstaatsachverhalte — 160
 - 2. Umsetzung von Richtlinien durch Generalklauseln — 160
 - 3. Überschießende Umsetzung — 162
- III. Weitere Wirkungen von Richtlinien — 162
 - 1. Unmittelbare Drittwirkung — 162
 - 2. Mittelbare Drittwirkung — 163
 - 3. Vorwirkung von Richtlinien — 163
- IV. Die Auslegung von Richtlinien — 163
 - 1. Auslegungsmonopol des EuGH — 163
 - 2. Methoden zur Auslegung von Unionsrecht — 164
 - a) Wortlautauslegung — 164
 - b) Systematisch-teleologische Auslegung — 165
 - c) Rechtsaktübergreifende Auslegung — 167
 - d) Rechtsvergleichende Auslegung — 168
 - e) Rechtsfortbildung — 169
 - f) Ökonomische Analyse als Auslegungstopos? — 169
- V. Die Rolle der nationalen Gerichte bei der Auslegung von Richtlinien — 171
 - 1. Grundlagen — 171
 - 2. Richtlinienkonforme Auslegung von nationalem Recht — 172
 - a) Dogmatische Begründung — 172
 - b) Inhalt — 173
 - 3. Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung von nationalem Recht — 176
 - a) Grundlagen — 176
 - b) Die Sicht des Unionsrechts — 177
 - c) Die Sicht des deutschen Rechts — 180
 - 4. Methodische Schranken der Rechtsfortbildung — 181
 - a) Beispiel 1: Aus- und Einbaukosten — 181
 - b) Beispiel 2: Der Einwand der Unverhältnismäßigkeit — 185

- c) Beispiel 3: Die erfolgreiche, aber mit Unannehmlichkeiten verbundene Nacherfüllung — **188**
- VI. Rückwirkung von Richtlinien und nationalem Richtlinienrecht auf nichtrichtliniengetragenes nationales Recht — **191**
 - 1. Überschießende Umsetzung von Richtlinien — **191**
 - a) Zulässigkeit — **191**
 - b) Erweiternde Umsetzung — **193**
 - c) Inhaltliche Übererfüllung — **194**
 - 2. Auslegung des überschießend umsetzenden Teils des nationalen Rechts — **195**
 - a) Die Beachtung europäischer Rechtsentwicklungen durch nationale Gerichte — **195**
 - b) Auslegung bei überschießender Umsetzung — **196**
 - c) Überschießende Berücksichtigung von Richtlinienvorgaben — **200**
 - d) Vorlage zum EuGH? — **200**
- VII. Umsetzungsmängel und ihre Folgen — **201**
 - 1. Ausgangspunkt — **201**
 - 2. Ausnahmsweise: vertikale Direktwirkung — **201**
 - 3. Keine horizontale Direktwirkung — **203**
 - 4. Richtlinienumsetzung durch Kollisionsrecht? — **206**
- VIII. Schadensersatz für nicht umgesetzte Richtlinien? — **208**

Zweiter Teil: Materielles Vertragsrecht

§ 9 Überblick und Kategorien — **211**

- I. Überblick über bestehendes und geplantes Richtlinien- und Ordnungsrecht — **211**
 - 1. In Kraft befindliche Regelungen — **211**
 - 2. Vorschläge — **217**
- II. Kategorisierung des Sekundärrechts — **217**
 - 1. Allgemeine und übergreifende Regelungen — **217**
 - 2. Verträge mit Endabnehmern (Verbraucherschutz) — **218**
 - 3. Handelsrechtliche Verträge — **218**
 - 4. Zahlungsdienste — **218**
 - 5. Privatrechtliche Nebengebiete — **219**
- III. Die Bedeutung der Verbraucherrechte-Richtlinie — **219**
 - 1. Anwendungsbereich und Umsetzung — **219**
 - 2. Bereichsausnahmen — **223**

- a) Notariell beurkundete Verträge — **223**
- b) Verträge über Rechte an Grundstücken und Wohnraum-
miete — **224**
- c) Anderweitige Schutzmechanismen — **226**
- d) Praktische Undurchführbarkeit der Schutzmechanismen — **228**
- e) Bagatellklausel — **229**

1. Kapitel:

Allgemeine Prinzipien des Vertragsrechts — 230

§ 10 Vertragsfreiheit und Vertragsbindung — 230

- I. Die Bedeutung der Vertragsfreiheit — **230**
- II. Pacta sunt servanda — **231**

§ 11 Materielle Vertragsgerechtigkeit — 235

- I. Materialisierung des Vertragsrechts — **235**
 - 1. Äquivalenzvermutung und „Richtigkeitschance“ — **235**
 - 2. Kategorisierung der materialen Vertragsgerechtigkeit — **238**
- II. Gleichbehandlung — **239**
 - 1. Iustitia distributiva: Gleichheit bei der Verteilung — **239**
 - 2. Iustitia commutativa: Gleichheit unter Gleichen — **241**
- III. Schutz des Schwächeren — **243**
 - 1. Wie viel Ungleichheit ist erlaubt? — **243**
 - 2. Verbraucherschutz als Paradigma des Schwächerenschutzes? — **244**
 - a) Informations- und Offenlegungspflichten — **244**
 - b) Widerrufsrechte — **246**
 - c) Entgeltregelungen — **246**
 - 3. Kein allgemeines Rechtsprinzip des Schwächerenschutzes — **248**
 - 4. Schutz berechtigter Erwartungen — **248**
- IV. Treu und Glauben — **249**
 - 1. Der *acquis communautaire* — **249**
 - 2. Anerkennung im *acquis commun* — **252**
 - 3. Mögliche Entwicklungen — **253**
- V. Verbot des Rechtsmissbrauchs — **254**
- VI. Verhältnismäßigkeit — **256**
 - 1. Verhältnismäßigkeit als Rechtsprinzip — **256**
 - 2. Verhältnismäßigkeit als Abwägungsaufgabe — **257**
 - 3. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im öffentlichen Recht und im Privatrecht — **259**
 - 4. Besonderheiten der Verhältnismäßigkeit im Schuldvertragsrecht — **260**
 - 5. Verhältnismäßigkeit als „Streben nach der Mitte“ — **263**

2. Kapitel: Vertragsschluss — 265

§ 12 Informationspflichten — 265

- I. Das Informationsmodell im Verbraucherrecht — 266
- II. Informationspflichten für besondere Vertriebsformen — 267
 1. Inhalt — 268
 - a) Unterrichtung des Verbrauchers — 268
 - b) Informationspflichten als Vertragsbestandteil — 269
 - c) Informationspflichten als Voraussetzung für Vertragsschluss? — 270
 2. Insbesondere: Informationspflichten über Kosten — 270
 - a) Umfang der Informationspflicht — 271
 - b) Verhältnis zu anderen Vorschriften — 271
- III. Abschriften und Bestätigungen — 272
 1. Außergeschäftsraumverträge — 272
 - a) Inhaltliche Anforderungen an Bestätigung und Abschrift — 272
 - b) Verhältnis von Abschrift und Bestätigung — 273
 - c) Form — 274
 - d) Frist — 274
 2. Fernabsatzverträge — 274
 3. Digitale Inhalte — 275
 4. Abweichungen zwischen Vertrag und Vertragsbestätigung, Zugang — 275
- IV. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr — 275
 1. Regelungsgehalt — 275
 2. Allgemeine Pflichten — 276
 - a) Bereitstellung von Korrekturmöglichkeiten — 276
 - b) Informationspflichten — 277
 - c) Ausnahmen — 277
 - d) Verhältnis zu den allgemeinen Regeln — 277
 3. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern — 278
 - a) Mitteilung von Lieferbeschränkungen und akzeptierten Zahlungsmitteln — 278
 - b) Besondere Pflichten bei entgeltlichen Verträgen („Buttonlösung“) — 278
 - c) Ausnahmen — 279
- V. Rechtsfolgen bei Verletzungen — 279
 1. Spezielle Sanktionen — 279
 - a) Fristbeginn — 279
 - b) Nichtbestehen von Ansprüchen — 280
 - c) Unwirksamkeit des Vertrags — 280

- 2. Allgemeine Sanktionen — **281**
 - a) Vertragliche Ansprüche — **281**
 - b) Culpa in contrahendo — **281**
 - c) Irrtumsanfechtung — **282**
 - d) Kollektiver Rechtsschutz — **283**

§ 13 Angebot und Annahme — 284

- I. Konsensprinzip — **284**
 - 1. Grundlagen: Das Willensparadigma — **284**
 - 2. Der Vertragsschluss im *acquis communautaire* — **285**
 - a) Einigung — **285**
 - b) Widerruflichkeit des Angebots — **286**
- II. Besondere Wirksamkeitsvoraussetzungen — **288**
 - 1. Einhaltung der Gesetzes- und Sittenordnung — **288**
 - 2. Rückbestätigung als Geltungsvoraussetzung — **290**
- III. Besondere Vertriebsformen — **291**
 - 1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verbraucher-
verträge — **291**
 - a) „Haustürgeschäfte“ als Regelungsproblem — **291**
 - b) Genese und Funktion — **291**
 - c) Die Reichweite des Schutzes — **294**
 - 2. Fernabsatzverträge — **300**
 - a) Das Regelungsanliegen des Fernabsatzrechts — **300**
 - b) Anwendungsbereich und Voraussetzungen — **302**
 - c) Beteiligte — **302**
 - d) Eigenart des Vertragsschlusses — **302**
- IV. Formvorschriften — **306**
- V. Willensmängel — **308**
- VI. Die Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen — **308**

§ 14 Widerrufsrechte und Widerrufsfolgen — 309

- I. Der Widerruf bei Verbraucherverträgen — **310**
 - 1. Erscheinungsformen — **310**
 - 2. Ratio und Rechtsnatur — **310**
 - a) Legitimation — **310**
 - b) Dogmatik — **311**
 - c) Vertragsfreiheit — **312**
 - d) Abgrenzung zu anderen Widerrufsrechten — **313**
 - 3. Bestehen eines Widerrufsrechts — **313**
 - a) Grundsatz — **313**
 - b) Ausschluss des Widerrufsrechts — **314**
 - c) Konkurrenzen — **319**

- II. Die Ausübung des Widerrufsrechts — **319**
 - 1. Berechtigter — **320**
 - 2. Widerrufserklärung — **320**
 - 3. Form — **321**
 - 4. Frist — **322**
 - a) Allgemeine Grundsätze — **322**
 - b) Besonderheiten für Fernabsatz- und Außergeschäftsraumverträge — **322**
 - c) Erlöschen des Widerrufsrechts — **325**
- III. Rückabwicklung nach erfolgtem Widerruf — **329**
 - 1. Grundlagen — **329**
 - 2. Die gesetzliche Systematik — **329**
 - a) Rückgewährschuldverhältnis — **329**
 - b) Differenziertes Widerrufsfolgenregime — **330**
 - 3. Die Rückabwicklung — **331**
 - a) Rückzahlungspflicht des Unternehmers — **331**
 - b) Rückgabepflicht des Verbrauchers — **332**
 - c) Wertersatzpflicht des Verbrauchers — **334**
 - 4. Sonderprobleme — **340**
 - a) Verwendungsersatzansprüche des Verbrauchers? — **340**
 - b) Rückabwicklung von Gesellschaftsbeteiligungen — **340**
- IV. Widerruf bei verbundenen und zusammenhängenden Verbraucherverträgen — **341**
 - 1. Grundlagen — **341**
 - 2. Der Widerrufsdurchgriff bei verbundenen Verträgen — **343**
 - a) Verbundene Verträge — **343**
 - b) Rechtsfolgen — **346**
 - c) Bereichsausnahmen — **349**
 - 3. Der Widerrufsdurchgriff bei zusammenhängenden Verträgen — **349**
 - a) Begriff und Voraussetzungen — **350**
 - b) Rechtsfolgen, insbesondere Kosten für den Verbraucher — **350**
 - 4. Der Einwendungsdurchgriff bei verbundenen Verträgen — **352**
 - a) Voraussetzungen — **352**
 - b) Ausnahmen — **354**
 - c) Rechtsfolge — **355**
 - d) Abschließende Regelung — **355**

3. Kapitel:

Vertragsinhalt — 356

§ 15 Inhalt und Auslegung von Verträgen — 356

- I. Abschluss- und Inhaltsfreiheit — 356
 - 1. Allgemeines — 356
 - 2. Inhaltskontrolle — 357
 - 3. Abgrenzung zur ergänzenden Vertragsauslegung — 358
- II. Die Auslegung von Verträgen — 359
 - 1. Regelungsabstinenz des Unionsrechts — 359
 - 2. Die Regelungen zur Vertragsauslegung im GEK — 361

§ 16 Inhalts- und Ausübungskontrolle von AGB — 362

- I. Grundlagen und rechtlicher Rahmen — 363
 - 1. Die Verwendung von AGB — 363
 - 2. Die Klausel-Richtlinie — 364
 - a) Zielrichtung — 364
 - b) Keine allgemeine Äquivalenzkontrolle — 365
 - c) Ausgeschlossene Bereiche — 366
- II. Voraussetzung der Einbeziehung von AGB — 367
 - 1. Definition von AGB und Möglichkeit der Kenntnisnahme — 367
 - 2. Einbeziehung und Kontrolle von Dritt-AGB — 368
- III. Die Legitimation der Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen — 370
 - 1. Ausgangspunkt: Störung der Richtigkeitsgewähr — 370
 - 2. Rechtfertigung der AGB-Kontrolle — 371
 - a) „Ungleichgewicht“ zwischen Verwender und Vertragspartner? — 371
 - b) Einseitig in Anspruch genommene Vertragsfreiheit — 372
 - c) Einseitige Verdrängung dispositiven Gesetzesrechts — 373
 - d) Partielles Marktversagen — 374
 - e) Verhältnismäßigkeitspostulat und AGB-Kontrolle — 375
- IV. Inhaltskontrolle nach der Klausel-Richtlinie — 377
 - 1. Regelungstechnik — 377
 - 2. Kriterien der Missbrauchskontrolle — 377
 - a) Vorgaben der Richtlinie — 377
 - b) Autonome Ausfüllung der Vorgaben der Richtlinie? — 378
 - c) Die Bedeutung der „Grauen Liste“ — 379
 - d) Verhältnismäßigkeit als ein Leitbild der Missbrauchskontrolle — 383
 - 3. Transparenzkontrolle — 384
 - 4. Amtsprüfung der Missbräuchlichkeit? — 386

- 5. Rechtsfolgen bei Missbräuchlichkeit — **387**
 - a) Unverbindlichkeit — **387**
 - b) Verbot der geltungserhaltenden Reduktion missbräuchlicher Klauseln — **388**
 - c) Insbesondere: Rechtsfolgen bei Transparenzkontrolle — **393**
- 6. Konkurrenz zu anderen EU-Rechtsakten — **395**
 - a) Gerichtsstandsvereinbarungen, Art. 25 Brüssel Ia-VO — **395**
 - b) Rechtswahlvereinbarungen, Art. 3 Abs. 5 Rom I-VO — **396**
 - c) Einwilligungen auf der Grundlage der DSGVO — **396**
 - d) Inhaltskontrolle in anderen Richtlinien — **397**
 - e) Insbesondere: AGB-Kontrolle in der Plattform-Verordnung — **398**
- V. Klauselkontrolle in PECL und DCFR sowie im GEK — **399**
 - 1. Wesentliches Ungleichgewicht vertraglicher Rechte und Pflichten — **400**
 - 2. Rechtsfolge — **402**
- VI. Geplante Reformschritte und ihr Scheitern — **403**
 - 1. Keine Vollharmonisierung der Klauselkontrolle — **403**
 - 2. Die Bedeutung des Vorschlags für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht für die Klauselkontrolle — **404**
 - 3. Klauselkontrolle am Maßstab des DCFR? — **405**

4. Kapitel:

Vertragsdurchführung — 406

§ 17 Pflichten aus dem Vertrag — 406

- I. Das vertragliche Pflichtenprogramm — **406**
- II. Hauptleistungspflichten — **407**
- III. Nebenleistungspflichten — **407**
 - 1. Allgemeines — **407**
 - 2. Insbesondere: Informationspflichten — **408**
 - 3. Insbesondere: Kooperationspflichten — **408**

§ 18 Die Vertragsverletzung — 410

- I. Normativer Ausgangspunkt: die unterschiedlichen Ansätze von Civil Law und Common Law — **410**
 - 1. Merkmale des kontinentalen Systems am Beispiel des BGB — **411**
 - a) Der Primäranspruch als klagbares Recht — **411**
 - b) Die Grenzen der Primärleistungspflicht — **411**
 - 2. Das Remedy-Konzept des Common Law — **417**
 - a) Die Unklagbarkeit des Primäranspruchs — **417**
 - b) Die Voraussetzungen für eine specific performance — **418**

- II. Die Verbindung von Naturalerfüllungspflicht und Remedy-Konzept in PECL und DCFR — **422**
 - 1. Der Regelcharakter des Anspruchs auf Naturalerfüllung — **422**
 - 2. Die Ausgestaltung des Naturalerfüllungsanspruchs als bloße remedy — **422**
 - 3. Grenzen der Leistungspflicht — **423**
 - a) Verweigerung der Naturalerfüllung wegen übermäßiger Belastung — **423**
 - b) Veränderung vertragswesentlicher Umstände — **425**
 - 4. Ein sinnvoller Kompromiss? — **426**
- III. Ökonomische Betrachtung: die Theorie des effizienten Vertragsbruchs — **427**
- IV. Vertragsverletzungen im Unionsprivatrecht — **428**
 - 1. Nichterfüllung — **429**
 - 2. Verzug — **430**
 - a) Die Zahlungsverzugs-Richtlinie — **430**
 - b) Sonderproblem: Beitreibungspauschale bei periodisch wiederkehrenden Leistungspflichten — **430**
 - c) Anrechnung — **432**
 - 3. Schlechterfüllung — **432**
 - a) Minderung — **432**
 - b) Vertragslösung und Vertragsanpassung — **433**
 - c) Schadensersatz — **433**

5. Kapitel:

Antidiskriminierungsrecht — 436

§ 19 Gleichbehandlung und Zivilrecht — 436

- I. Antidiskriminierung als Aufgabe des Zivilrechts? — **436**
- II. Vorgaben des Unionsrechts — **437**
 - 1. Antidiskriminierung als Querschnittsmaterie — **437**
 - 2. Kompetenz — **438**
 - 3. Bestehende Richtlinien — **438**
 - 4. Reform — **440**
 - 5. Diskriminierung durch Antidiskriminierungsrichtlinien? — **440**

§ 20 Zivilrechtliches Antidiskriminierungsrecht — 443

- I. Umsetzung der Vorgaben im deutschen Recht — **443**
 - 1. Inhaltliche Reichweite — **443**
 - 2. Regelungsdesign: AGG statt ADG — **443**
 - 3. Die Struktur des AGG — **444**

- II. Ausgewählte Einzelgesichtspunkte — **446**
 - 1. Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Ansprüchen — **446**
 - 2. Richtlinienwidriges Recht außerhalb des AGG — **448**
 - 3. Kontrahierungszwang? — **448**
 - 4. Die Höhe der Entschädigung — **451**

6. Kapitel:

Einzelne Vertragstypen — 454

§ 21 Vertragstypenlehre und EU-Vertragsrecht — 454

- I. Die Bedeutung der Vertragstypenlehre — **454**
- II. Europäische Vertragstypen — **455**
- III. Digitalisierung als Querschnittsaufgabe — **456**
 - 1. Verträge über digitale Inhalte — **456**
 - 2. Plattform-Verträge — **458**

§ 22 Der Kaufvertrag — 459

- I. Die Bedeutung des Kaufrechts für die Privatrechtsordnung — **460**
- II. Die Entwicklung des Kaufrechts in der EU — **461**
 - 1. Die Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie — **461**
 - 2. Das Kaufrecht des DCFR — **463**
 - 3. Die Entstehung der Verbraucherrechte-Richtlinie und das Kaufrecht — **463**
 - 4. Der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht — **465**
 - 5. Die Genese der Richtlinie über vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs — **465**
 - a) Der Kommissionsvorschlag — **465**
 - b) Die Änderungen in Parlament und Rat — **467**
- III. Anwendungsbereich und Struktur der Warenkauf-Richtlinie — **468**
 - 1. Sachlicher Anwendungsbereich — **469**
 - 2. Persönlicher Anwendungsbereich — **470**
 - 3. Struktur — **470**
- IV. Die Vertragsmäßigkeit der Ware — **470**
 - 1. Der Ansatz der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie — **471**
 - 2. Die Kriterien der Warenkauf-Richtlinie — **472**
 - a) Die Vertragsmäßigkeit der Ware — **472**
 - b) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Feststellung der Vertragsmäßigkeit — **477**
 - c) Beweislastumkehr — **479**
- V. Konsequenzen der Vertragswidrigkeit — **482**
 - 1. Exemplarische Umsetzungsdefizite der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie — **482**

- a) Das System der Rechtsbehelfe nach der VGKRL — **483**
- b) Rücktritt nur nach Fristsetzung? — **483**
- c) Der Erfüllungsort der Nacherfüllung — **488**
- d) Verjährungsverkürzungen — **490**
- e) Regelungsautonomie in Bezug auf den Schadensersatzanspruch — **492**
- 2. Die Rechtsbehelfe des Käufers nach der Warenkauf-Richtlinie — **492**
 - a) Überblick — **492**
 - b) Hierarchie der Abhilfen — **493**
 - c) Nachbesserung und Ersatzlieferung — **494**
 - d) Preisminderung — **499**
 - e) Vertragsbeendigung — **499**
 - f) Zeitliche Begrenzung der Verbraucherrechte — **502**
- 3. Gewerbliche Garantien — **503**
- 4. Unternehmerregress — **503**
- VI. Der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht — **504**
 - 1. Der Anwendungsbereich des GEK — **504**
 - a) Sachlich — **505**
 - b) Räumlich — **506**
 - c) Persönlich — **507**
 - d) Lückenfüllung — **509**
 - 2. Die Vereinbarung über die Geltung des GEK („Einwahl“) — **511**
 - a) Das Verhältnis zum Kollisionsrecht — **511**
 - b) Opt-in-Mechanismus: die Einwahl — **512**
 - 3. Das materielle Kaufrecht im GEK — **514**
 - a) Das Remedy-Konzept — **514**
 - b) Verpflichtungen der Parteien — **515**
 - c) Rechtsfolgen von Verletzungen der Verpflichtungen — **517**
 - d) Gefahrübergang — **518**
 - e) Schadensersatz und Zinsen — **518**
 - f) Rückabwicklung — **519**
 - g) Die Regelungen über verbundene Dienstleistungen — **519**
 - h) Verjährung — **520**

§ 23 Vertragsrecht im digitalen Zeitalter — 521

- I. Digitale Inhalte als Gegenstand vertraglicher Rechte und Pflichten — **522**
 - 1. Digitale Inhalte im Recht — **522**
 - 2. Daten als Gegenleistung — **523**
 - a) Persönliche Daten — **523**
 - b) Daten als Entgelt — **524**

- II. Die Digitale-Inhalte-Richtlinie — 526
 - 1. Entstehung und Hintergründe — 526
 - 2. Der Anwendungsbereich der Digitale-Inhalte-Richtlinie — 528
 - a) Sachlich — 528
 - b) Persönlich — 531
 - c) Räumlich — 532
 - d) Das Verhältnis der Richtlinie zu anderen Rechtsakten — 532
 - 3. Pflichten des Unternehmers — 533
 - a) Bereitstellung der digitalen Inhalte — 533
 - b) Vertragsmäßigkeit der digitalen Inhalte — 533
 - 4. Die Gegenleistung des Verbrauchers — 535
 - 5. Rechtsfolgen von Vertragswidrigkeiten — 537
 - a) Haftung des Unternehmers — 537
 - b) Beweislast — 538
 - c) Abhilfen des Verbrauchers — 538
 - 6. Änderung der digitalen Inhalte — 543
 - 7. Recht auf Beendigung langfristiger Verträge — 543
 - 8. Rückgriff — 543
- III. Die Regulierung der Plattform-Ökonomie — 543
 - 1. Der unternehmerische Bereich — 544
 - 2. Transparenz für Verbraucher — 545
 - 3. Legislativprojekte — 546
- IV. Algorithmen als Vertragsersatz? — 546
 - 1. Smart Contracts — 547
 - a) Erscheinungsformen und technischer Hintergrund — 547
 - b) Die Geltung europäischer Vorgaben für Smart Contracts — 549
 - c) Regulierung auf nationaler Ebene — 549
 - 2. Dynamic Pricing — 550

§ 24 Der Verbraucherkreditvertrag — 552

- I. Überblick — 552
- II. Wesentliche Regelungsbereiche — 554
 - 1. Gegenstand — 554
 - 2. Einzelne Problemfelder — 557
 - a) Information über Widerrufsfrist — 557
 - b) Leasing — 559
 - c) Bürgschaft — 560

§ 25 Der Pauschalreisevertrag — 563

- I. Regelungsdesiderat — 563
- II. Der Pauschalreisevertrag — 564
- III. Leistungsstörungen — 566

1. Rücktritt vor Reisebeginn — **566**
2. Vertragswidrigkeiten während der Reise — **566**
3. Schadensersatz — **567**

§ 26 Der Timesharing-Vertrag — 570

- I. Entstehungsgeschichte und Hintergründe — **570**
- II. Besonderheiten des Timesharing-Vertrags — **572**
- III. Rechte des Verbrauchers — **573**

§ 27 Der Handelsvertretervertrag — 574

- I. Entstehungsgeschichte und Hintergründe — **574**
- II. Vertragliche Rechte und Pflichten — **575**
- III. Abschluss, Beendigung und nachvertragliche Pflichten — **576**

§ 28 Beförderungsverträge — 578

- I. Flugverkehr — **578**
 1. Entstehungsgeschichte und Hintergründe — **578**
 2. Der Flugreisevertrag — **579**
 3. Leistungsstörungen — **580**
 - a) Nichtbeförderung — **581**
 - b) Annullierung — **581**
 - c) Verspätung — **582**
 4. Rechtsfolgen — **584**
 - a) Ausgleichsanspruch — **584**
 - b) Anspruch auf Erstattung oder anderweitige Beförderung — **585**
 - c) Anspruch auf Betreuungsleistungen — **585**
 - d) Weitergehender Schadensersatz — **586**
 - e) Verpflichtung zur Information der Fluggäste über ihre Rechte — **586**
- II. Eisenbahnverkehr — **587**

**Dritter Teil:
Internationales Vertragsrecht**

§ 29 Die Rolle des Internationalen Privatrechts — 591

- I. Aufgabe und Funktion des Internationalen Privatrechts — **592**
- II. Die besondere Methodik des IPR — **593**
 1. Das Verhältnis von IPR und Sachrecht — **593**
 2. Eigenständigkeit in der IPR-Methodik — **594**

- a) *Savigny* und das Prinzip der engsten Verbindung — 594
- b) Verweisung, Anerkennung, Berücksichtigung — 597
- c) Angleichung bzw. Anpassung — 601
- III. Die Bedeutung des IPR in den Phasen der Juristenausbildung — 602
 - 1. Das IPR im Studium — 603
 - a) Pflichtfachbereich — 603
 - b) Schwerpunktstudium — 604
 - 2. Das IPR im Referendariat — 605
- IV. Das IPR in der Praxis — 605
- V. Die Legislativtechnik des IPR; Qualifikation — 606

§ 30 Prinzipien des Internationalen Vertragsrechts — 608

- I. Parteiautonomie und ihre Grenzen — 608
 - 1. Rechtswahlfreiheit — 608
 - 2. Rechtsgeschäftsähnliche Parteiautonomie? — 609
 - 3. (International) zwingendes Recht — 610
- II. Das Prinzip der engsten Verbindung — 611
- III. Politisiertes oder neutral-technisches IPR? — 612

§ 31 Europäisches Internationales Vertragsrecht: Grundlagen — 615

- I. IPR im Binnenmarkt — 615
- II. EU-Verordnungen mit kollisionsrechtlichem Inhalt — 616
- III. Auslegung von EU-IPR — 617
- IV. Lücken — 618
- V. Weitere Entwicklungen: Schaffung einer „Rom 0-VO“? — 619
- VI. Praktische Wirksamkeit des EU-Kollisionsrechts — 620
 - 1. Der *effet utile* — 621
 - 2. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten? — 622
 - 3. Mögliche Problempunkte — 625

§ 32 Die Rom I-VO — 628

- I. Entstehungsgeschichte und Ziel — 629
- II. Wesentliche Inhalte — 629
 - 1. Sachliche Reichweite — 629
 - a) Vertragliche Schuldverhältnisse — 629
 - b) Insbesondere: die Abgrenzung von Vertrag und Delikt — 630
 - c) Sonderproblem: Die Anwendung der Rom I-VO in Schiedsverfahren — 632
 - 2. Vorrang von Einheitsrecht — 633
 - a) UN-Kaufrecht — 633
 - b) EU-Einheitskaufrecht — 634
 - 3. Struktur — 635

- III. Rechtswahl — **635**
 - 1. Grundsatz und Gegenstand — **635**
 - 2. Die kollisionsrechtliche Wahl einer Rechtsordnung — **637**
 - a) Parteiwille — **637**
 - b) Ausdrückliche Rechtswahl — **637**
 - c) Konkludente Rechtswahl — **637**
 - 3. Grenzen der Rechtswahl — **638**
 - 4. Das Statut der Rechtswahlvereinbarung — **638**
- IV. Objektive Anknüpfung — **639**
 - 1. Vertragstypenlehre, Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO — **639**
 - a) Übersicht — **639**
 - b) Kaufverträge über bewegliche Sachen — **640**
 - c) Dienstleistungsverträge — **641**
 - d) Grundstücksbezogene Verträge — **642**
 - 2. Subsidiäre allgemeine Anknüpfung — **642**
 - 3. Auffangregel — **643**
 - 4. Ausweichklausel — **643**
- V. Der Verbrauchervertrag im IPR — **644**
 - 1. Objektive Anknüpfung — **644**
 - a) Schutzzweck — **644**
 - b) Tatbestandliche Voraussetzungen — **645**
 - 2. Rechtswahl und Günstigkeitsvergleich — **649**
- VI. Sonderkollisionsrecht für Beförderungs-, Versicherungs- und Arbeitsverträge — **652**
 - 1. Beförderungsverträge — **652**
 - 2. Versicherungsverträge — **652**
 - 3. Arbeitsverträge — **653**
- VII. Exkurs: Die Anknüpfung von Smart Contracts — **653**
 - 1. Eine lex digitalis für Smart Contracts? — **654**
 - 2. Die Geltung der Rom I-VO — **657**
 - 3. Die Qualifikation von Smart Contracts — **658**
 - 4. Rechtswahl — **658**
 - 5. Objektive Anknüpfung — **659**
 - a) Ausgangspunkt — **660**
 - b) Verträge über Kryptowährung — **660**
 - 6. Formstatut — **662**
 - 7. Virtuelle Sicherheiten — **662**
 - 8. Vertragsstörungen — **662**
- VIII. Die kollisionsrechtliche Behandlung der culpa in contrahendo — **663**
- IX. Die Reichweite des Vertragsstatuts — **665**

- X. Allgemeine Rechtsgeschäftslehre — **666**
 - 1. Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit — **666**
 - 2. Vertragsschluss — **666**
 - 3. Form, Art. 11 Rom I-VO — **666**
 - a) Rechtsquellen — **667**
 - b) Formstatut — **667**
 - c) Geschäftsrecht und Ortsform — **667**
 - d) Distanzgeschäft — **668**
 - e) Stellvertretung — **668**
 - f) Verträge über dingliche Rechte, Grundstücks-
nutzung — **668**
 - 4. Stellvertretung — **668**
 - 5. Aufrechnung, Art. 17 Rom I-VO — **669**
 - 6. Abtretung, Art. 14–16 Rom I-VO — **670**
- XI. Fragen des Allgemeinen Teils des IPR — **671**
 - 1. Ausschluss des Renvoi, Art. 20 Rom I-VO — **671**
 - 2. Unteranknüpfung bei Mehrrechtsstaaten,
Art. 22 Rom I-VO — **672**
 - 3. Die Anknüpfung von Vorfragen — **673**
 - 4. Eingriffsnormen, Art. 9 Rom I-VO — **674**
 - a) Inländische international zwingende Normen — **675**
 - b) Ausländische international zwingende Normen — **678**
 - 5. Ordre public, Art. 21 Rom I-VO — **683**
 - a) Wirkungsweise — **683**
 - b) Folgen eines Verstoßes — **686**
 - c) Einzelne Anwendungsbeispiele — **687**

§ 33 Durchsetzung von Richtlinienvorgaben durch IPR — 693

- I. Allgemeines — **693**
- II. Durchsetzung von verbraucherschützenden Richtlinien-
standards, Art. 46b EGBGB — **693**
 - 1. Inhalt und Zweck — **693**
 - 2. Tatbestand und Anwendungsbereich — **694**
 - 3. Rechtsfolgen — **695**
 - 4. Sonderanknüpfung für Timesharing-Verträge,
Art. 46b Abs. 4 EGBGB — **695**
- III. Schutz der Richtlinienstandards bei Pauschalreiseverträgen,
Art. 46c EGBGB — **696**

Vierter Teil: Europäisches Vertragsrecht im Gesamtkontext

§ 34 Kohärenz und Systembildung im Europäischen Vertragsrecht — 701

- I. Der fragmentarische Harmonisierungsansatz — 702
 1. Ein „pointillistisches“ Gemälde — 702
 2. Kritik — 703
- II. Versuche einer kohärenteren Regelsetzung — 704
 1. Horizontale Harmonisierung — 704
 2. Toolbox-Ansatz — 705
 3. Optionale Harmonisierung — 706
 - a) Im Verfahrensrecht — 706
 - b) Im materiellen Privatrecht — 707
 4. Das Verhältnis unionaler Rechtsakte zueinander am Beispiel des GEK — 707
 - a) Der Einfluss des Richtlinien-acquis auf das GEK — 708
 - b) Parallelen zum Verbraucher-acquis — 708
 - c) Insbesondere: das Verhältnis zur Verbraucherrechte-Richtlinie — 710
 - d) Jenseits des Verbraucherschutzes — 711
 - e) Das Verhältnis von GEK und CISG — 711
- III. Systembildung durch rechtsaktübergreifende Rechtsanwendung — 711
 1. Grundlagen — 712
 2. Ein inneres System des Unionsrechts? — 713
 3. Einheitliche Systembegriffe im IPR und im EU-Privatrecht? — 716
 - a) Das Ideal einer einheitlichen Auslegung: Theorie und Praxis — 716
 - b) Der Verbraucherbegriff — 717
 - c) Der Vertrag — 718
 4. Rechtsaktübergreifende Auslegung am Beispiel des GEK-Vorschlags — 720
 - a) Die Bedeutung der zum acquis ergangenen Judikatur des EuGH für das GEK — 720
 - b) Der Einfluss des GEK auf das sonstige Sekundärrecht — 721
 5. Heranziehung von weiteren Instrumenten zur systematischen Auslegung? — 725
- IV. Eine gemeineuropäische Methodenlehre? — 725
 1. Noch einmal: Methodenlehre als nationale Domäne? — 726
 2. Spontanharmonisierung der Methodenlehre? — 727
 - a) Der Befund: Annäherung von Common Law und Civil Law — 727
 - b) Der Beitrag der Methodenlehre zur Harmonisierung des EU-Privatrechts — 734

§ 35 Gerichtliche Rechtsdurchsetzung von Unionsrecht — 738

- I. Die Bedeutung der Rechtsdurchsetzung für subjektive Rechtspositionen — **739**
- II. Nationales Verfahrensrecht — **740**
 1. Ausgangspunkt — **740**
 2. Die Rolle des nationalen Verfahrensrechts — **741**
 - a) Verfahrensautonomie — **741**
 - b) Prüfung von Amts wegen statt Beibringungsgrundsatz? — **741**
- III. Sicherung der Einheitlichkeit der Auslegung — **742**
 1. Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH — **742**
 - a) Funktionen des Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 267 AEUV; Auslegungsmonopol — **743**
 - b) Ausgestaltung des Vorabentscheidungsverfahrens als Zwischenverfahren — **744**
 - c) Vorlagevoraussetzungen — **745**
 - d) Systematik des Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 267 AEUV — **745**
 2. Sonderfragen — **750**
 - a) Vorlagepflicht im Falle der unveränderten Weitergeltung nationalen Rechts als richtlinienkonformes Recht — **750**
 - b) Vorlagerecht bzw. Vorlagepflicht bei überschießender Richtlinienumsetzung — **751**
 - c) Vorlagepflicht bei in Richtlinien enthaltenen Generalklauseln — **752**
 3. Rechtsschutz gegen Nichtvorlage — **755**
 - a) Anhöhrungsrüge — **756**
 - b) Verfassungsbeschwerde — **757**
 - c) Unionsrechtliche Staatshaftung — **757**
 - d) Rechtsschutz zum EuGH — **758**
 - e) Individualbeschwerde zum EGMR — **759**
 4. Reform des Gerichtssystems der EU — **759**
- IV. Europäisches Zivilverfahrensrecht — **761**
 1. Grundlagen — **762**
 2. Harmonisierung der Regeln für grenzüberschreitende Zivilprozesse — **763**
 - a) Effektiver Rechtsschutz — **763**
 - b) Zuständigkeiten und Vermeidung von Kompetenzkonflikten — **764**
 - c) Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten — **766**
 - d) Allgemeine Harmonisierungskompetenz für Zivilverfahren — **768**

3. Insbesondere: die internationale Zuständigkeit für Forderungen aus Vertrag — **769**
 - a) Anwendbarkeit der Brüssel Ia-VO — **769**
 - b) Allgemeiner Gerichtsstand — **769**
 - c) Der besondere Gerichtsstand des Erfüllungsortes — **770**
 - d) Der Verbrauchergerichtsstand — **772**
 - e) Abgrenzung zum Gerichtsstand der unerlaubten Handlung — **775**
 - f) Ausschließliche Zuständigkeiten — **778**
 - g) Gerichtsstandsvereinbarungen — **779**

§ 36 Staatshaftung — 783

- I. Grundsätzliches — **783**
- II. Haftung der Union — **784**
 1. Vertragliche Haftung der Union — **784**
 2. Außervertragliche Haftung der Union — **785**
- III. Haftung der Mitgliedstaaten — **786**
 1. Ratio — **786**
 2. Voraussetzungen — **786**
 3. Privatrechtsrelevante Problemfelder — **787**
 - a) Verletzung von Primärrecht — **788**
 - b) Defizite der legislativen Richtlinienumsetzung — **788**
 - c) Fehler der Judikative — **790**
 - d) Fehler der Exekutive — **796**
 - e) Keine Haftung Privater für Verstöße gegen Unionsrecht — **796**

§ 37 Exkurs: Außergerichtliche Rechtsdurchsetzung — 798

- I. Rechtspolitischer Hintergrund — **798**
- II. Entwicklung — **800**
 1. Unverbindliche Empfehlungen — **800**
 2. Der Übergang zu verbindlicher Regelung — **801**
- III. Wesentliche Ziele der ADR-Richtlinie — **803**
 1. Flächendeckender Zugang zur Schlichtung für Verbraucher — **803**
 2. Stärkung des Binnenmarktes — **803**
 3. Freiwilligkeit der Teilnahme an der Schlichtung — **804**
 4. Fehlende Verbindlichkeit des Resultats der Schlichtung — **807**
 5. Insbesondere: grenzüberschreitende Schlichtung — **808**
- IV. Zielkonflikt: Niedrigschwelliger Zugang vs. hohe Schutzstandards — **809**
- V. Rough Justice? — **809**

Abkürzungsverzeichnis¹

a.A.	andere Ansicht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
A.C./AC	Law Reports, Appeal Cases (Third Series)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACQP	Acquis Principles
ADG	Antidiskriminierungsgesetz (Entwurf)
ADR	Alternative Dispute Resolution
ADR-RL	Richtlinie 2013/11/EU über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i. d. F. des Vertrags von Lissabon
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (aufgehoben)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AL	Ad Legendum (Zeitschrift)
All ER	All England Law Reports
Alt.	Alternative
Am.J.Comp.L.	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
arg.	Argument
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
B2B	Business-to-Business
B2C	Business-to-Consumer
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)

¹ Hinweis zur Zitierweise der Unionsrechtsakte: Die Abkürzungen für die Rechtsakte der Europäischen Union beziehen sich auf die jeweils aktuelle Fassung. Soweit eine frühere Textfassung gemeint ist, wird dies gesondert gekennzeichnet. Eine Liste aller für das Vertragsrecht bedeutsamen Rechtsakte des Unionsrechts findet sich in § 9 Rn. 1; die wichtigsten Verordnungen des Kollisionsrechts sind gesondert in § 31 Rn. 3 aufgeführt. Die dort aufgeführten Verordnungen und Richtlinien werden im Abkürzungsverzeichnis i. d. R. nicht nachgewiesen.

Bekl.	Beklagte(r)
BeckOGK	Beck'scher online Großkommentar zum BGB
BeckRS	Beck Rechtssache
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Bundesgericht (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGE	Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BLJ	Bucerius Law Journal
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
Bsp.	Beispiel
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BUrlG	Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C2C	Consumer-to-Consumer
C. A.	Court of Appeal
Cal. L. Rev.	California Law Review
c.c.	Codice Civile (Italien)
CEFL	Commission on European Family Law
CESL	Common European Sales Law
CFR	Common Frame of Reference
Ch.	Law Reports, Chancery Division
ChD	Chancery Division
c.i.c.	culpa in contrahendo
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
civ	civil
CJQ	Civil Justice Quarterly
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
CML Rev.	Common Market Law Review
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route
COM	Commission documents (European Commission)
CoPECL	Common Principles of European Contract Law
Cornell Int'l L.J.	Cornell International Law Journal
CPR	Civil Procedure Rules (England)
CR	Computer und Recht
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb

DCFR	Draft Common Frame of Reference
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
d. h.	das heißt
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitschrift
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf
e.a.	et alii
EBLR	European Business Law Review
ECHR	European Court of Human Rights
ECLI	European Case Law Identifier
EG	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i. d. F. des Vertrags von Amsterdam (1998)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJCLL	European Journal of Commercial Contract Law
EKG	Haager Einheitliches Kaufgesetz
ELI	European Law Institute
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnzEuR	Enzyklopädie des Europarechts
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
ERA	Europäische Rechtsakademie
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law
EPRS	European Parliamentary Research Service
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuBagatellVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung)
EULA	End User Licence Agreement
EuMahnVO	Verordnung (EU) Nr. 2015/2421 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.12.2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und

XL — Abkürzungsverzeichnis

	der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EuR	Zeitschrift für Europarecht
Europa dir. priv.	Europa e Diritto Privato
EUV	Vertrag über die Europäische Union i. d. F. des Vertrags von Lissabon (2007)
euvr	Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EVÜ	Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	Entscheidungen des High Court of London
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgend
ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FernabsG	Fernabsatzgesetz (nicht mehr in Kraft)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt, Generalanwältin
GEK	Gemeinsames Europäisches Kaufrecht
GEK-VO	Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (Vorschlag)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GO-EP	Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GPÜ	Gemeinschaftspatentübereinkommen
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GrS	Großer Senat
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report

grZGB	Griechisches Zivilgesetzbuch
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitation
Haustür-RL	Haustürwiderrufs-Richtlinie
HGB	Handelsgesetzbuch
H. L./HL	House of Lords
h. M.	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (Zeitschrift)
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
HWiG	Haustürwiderrufsgesetz (nicht mehr in Kraft)
ICANN	International Corporation for Assigned Names and Numbers
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
IHR	Internationales Handelsrecht (Zeitschrift)
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments
Ind. J. Global L. Stud.	Indiana Journal of Global Legal Studies
insbes.	insbesondere
int.	international
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
i. w. S.	im weiteren Sinne
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JbItaIR	Jahrbuch für Italienisches Recht
JbJZRWiss	Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler
JPrivIntL	Journal of Private International Law
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JURA (JK)	JURA-Kartei
JURI	Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
km	Kilometer
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen

KOM	Kommissionsdokument (Europäische Kommission)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
krit.	kritisch
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Kreditwesengesetz
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30.10.2007
LG	Landgericht (Deutschland)
L.J.	Law Journal
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier Möhring
LS	Leitsatz
Ltd.	Limited
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mio.	Million(en)
MLR	Modern Law Review
MMR	Multimedia und Recht
m.N.	mit Nachweis
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
n.F.	neue Fassung
NIPR	Niederlands internationaal privaatrecht
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-aktuell	Neue Juristische Wochenschrift aktuell
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o. ä.	oder ähnliches
ODR	Online Dispute Resolution
ODR-VO	Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.5.2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten
Ohio St. J. Disp. Res.	Ohio State Journal on Dispute Resolution
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung

OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	Principles of International Commercial Contracts
ProdH-RL	Produkthaftungsrichtlinie
ProdHG	Produkthaftungsgesetz
PWW	Prütting/Wegen/Weinreich, BGB-Kommentar
QB	Law Reports Queen's Bench Division
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rass. dir. civ.	Rassegna di diritto civile
RdA	Recht der Arbeit
RegE	Regierungsentwurf
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
Rev. trim. dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. civ.	Rivista di diritto civile
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RRa	Reiserecht aktuell
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
s.	siehe
S.	Satz, Seite
s.a.	siehe auch
SCE	Societas Cooperativa Europaea
SchiedsVZ	Neue Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchRModG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts
SE	Societas Europaea
sec.	section
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des EuGH
SME	Small and Medium Enterprise
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte(n)
s. u.	siehe unten
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
TzWrG	Teilzeit-Wohnrechtgesetz
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UG	Gesetz zur Umsetzung

UKlagG	Unterlassungsklagengesetz
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN	Vereinte Nationen
UNCITRAL	United Nations Commission On International Trade Law
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
US	Vereinigte Staaten
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus
Var.	Variante
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
Verf.	Verfasser
VerfO	Verfahrensordnung
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VGKRL	Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie
VO	Verordnung
VRRL	Verbraucherrechterichtlinie
VSBG	Verbraucherstreitbeilegungsgesetz
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
Wash.U.L.Rev.	Washington University Law Review
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WZGA	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft
Yale L.J.	Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, internationales Privatrecht und Europa-recht
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Allgemeines Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Textsammlungen

- *Amstutz/Pichonnaz/Probst/Werro*, Droit privé européen. Directives choisies, 2. Aufl., Stämpfli, Bern 2011
- *Artz/Staudinger*, Europäisches Verfahrens-, Kollisions- und Privatrecht, C.F. Müller, Heidelberg 2010
- *Grolimund/Mosimann*, Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht der Europäischen Union, 2. Aufl., Dike-Verlag, Zürich/St. Gallen 2015
- *Grundmann/Riesenhuber*, Textsammlung Europäisches Privatrecht. Vertrags- und Schuldrecht, Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht, 3. Aufl., De Gruyter, Berlin/New York 2020
- *Jayme/Hausmann*, Internationales Privat- und Verfahrensrecht – Textausgabe, 20. Aufl., C.H. Beck, München 2020
- *Pechstein/Domröse*, Europarecht – Textsammlung, 3. Aufl., Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Schulze/Zimmermann*, Europäisches Privatrecht – Basistexte, 6. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2020

2. Wissenschaftliche Entwürfe

- *von Bar/Clive/Schulte-Nölke* (Hrsg.), Principles, Definitions and Model Rules of European Private Law. Draft Common Frame of Reference (DCFR), Full Edition, Sellier, München 2009
- *Beale/Lando*, The Principles of European Contract Law, Part I, Performance, Non Performance and Remedies, Prepared by the Commission on European Contract Law, Dordrecht 1995
- *von Bar/Zimmermann* (Hrsg. und Übersetzer), Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teile I und II, München 2002
- *von Bar/Zimmermann* (Hrsg. und Übersetzer), Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teil III, München 2005
- *Gandolfi* (Hrsg.), Code Européen des Contrats, Avant-projet, Livre Premier, Mailand 2001
- *Jansen/Zimmermann* (Hrsg.), Commentaries on European Contract Laws, Oxford University Press, Oxford 2018
- *Lando/Beale* (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Parts I and II, Den Haag 2000
- *Lando/Clive/Prüm/Zimmermann* (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Part III, Den Haag 2003

3. Fall- und Entscheidungssammlungen; Übungsbücher

- *Brödermann/Rosengarten*, Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht (IPR/IZVR). Anleitung zur systematischen Fallbearbeitung, 8. Aufl., Vahlen, München 2019
- *Coester-Waltjen/Mäsch*, Übungen in internationalem Privatrecht und Rechtsvergleichung, 5. Aufl., De Gruyter, Berlin/New York 2017
- *Franck/Möslein*, Fälle zum Europäischen Privat- und Wirtschaftsrecht, C.H. Beck, München 2005
- *Fuchs/Hau/Thorn*, Fälle zum Internationalen Privatrecht, 5. Aufl. 2019
- *Hartkamp/Sieburgh/Devroe*, Cases, Materials and Text on European Law and Private Law, Hart, Oxford 2017

- *Kadner Graziano*, Europäisches Vertragsrecht: Übungen zur Rechtsvergleichung und Harmonisierung des Rechts, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2008
- *Rauscher*, Klausurenkurs im Internationalen Privatrecht, 4. Aufl. 2019
- *Rösler*, Internationales Privatrecht (Reihe Prüfe dein Wissen), 6. Aufl. 2020
- *Schulze/Engell/Jones*, Casebook Europäisches Privatrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2000

4. Lehrbücher, Einführungen

a) Zum Europäischen Privatrecht

- *Heiderhoff*, Europäisches Privatrecht, 5. Aufl., C.F. Müller, Heidelberg 2020
- *Herresthal*, § 2: Vertragsrecht, in: Langenbucher (Hrsg.), Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht, 4. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Langenbucher*, § 1: Europarechtliche Methodenlehre, in: Langenbucher (Hrsg.), Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht, 4. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Ranieri*, Europäisches Obligationenrecht – Ein Handbuch mit Texten und Materialien, 3. Aufl., Springer, Wien 2009
- *Riesenhuber*, EU-Vertragsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Schulze/Zoll*, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Schulze/Zoll*, European Contract Law, 2. Aufl., C.H. Beck/Hart/Nomos, Baden-Baden 2018
- *Weatherill*, Contract Law of the Internal Market, Intersentia, Antwerpen 2016

b) Zum Europäischen IPR

- *Bach/Huber*, Internationales Privat- und Prozessrecht, C.H. Beck, München 2020
- *von Bar/Mankowski*, Internationales Privatrecht, Band 2: Besonderer Teil, 2. Aufl., C. H. Beck, München 2019
- *van Calster*, European Private International Law, 3. Aufl., Hart, Oxford/Portland 2021
- *von Hoffmann/Thorn*, Internationales Privatrecht, 9. Aufl., C.H. Beck, München 2007
- *Hüßtege/Ganz*, Internationales Privatrecht einschließlich Grundzüge des Internationalen Verfahrensrechts, 5. Aufl., C.H. Beck, München 2013
- *Junker*, Internationales Privatrecht, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2021
- *Kienle*, Internationales Privatrecht, 2. Aufl., Verlag Franz Vahlen, München 2010
- *Koch/Magnus/Winkler von Mohrenfels*, IPR und Rechtsvergleichung, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2010
- *Köhler*, Examinatorium Internationales Privatrecht, 2. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2020
- *Rauscher*, Internationales Privatrecht. Mit internationalem Verfahrensrecht, 5. Aufl., C.F. Müller, Heidelberg 2017
- *Rogerson*, Collier's Conflict of Laws, 4. Aufl., Cambridge University Press, Cambridge 2013
- *Stone on Private International Law in the European Union*, 4. Aufl., Edward Elgar Publishing, Cheltenham 2018
- *Stürner*, § 8: Internationales Privatrecht, in: Langenbucher (Hrsg.), Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht, 4. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Torremans* (Hrsg.), Cheshire, North & Fawcett, Private International Law, 15. Aufl., Oxford University Press, Oxford 2017

5. Monographien, Handbücher, Sammelbände

a) Zum Europäischen Privatrecht

- *Alpa/Andenæs*, Grundlagen des Europäischen Privatrechts, Springer, 2010
- *Andenæs/Baasch Andersen*, Theory and Practice of Harmonization, Edward Elgar Publishing, Cheltenham 2012
- *Arnold* (Hrsg.), Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, Sellier, München 2014
- *Baldauf*, Richtlinienverstoß und Verschiebung der Contra-*legem*-Grenze im Privatrechtsverhältnis. Der Konflikt zwischen Richtlinie und nationalem Recht bei der Rechtsanwendung, Tübingen 2013
- *Baldus/Müller-Graff* (Hrsg.), Die Generalklausel im Europäischen Privatrecht. Zur Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft aus romanischer Perspektive, München 2006
- *Basedow/Hopt/Zimmermann* (Hrsg.) Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts (2 Bände), Mohr Siebeck, Tübingen 2009 (Studienausgabe 2011)
- *Behme e.a.* (Hrsg.), Perspektiven einer europäischen Privatrechtswissenschaft, JbJZRWiss 2016, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Beil*, Personale Differenzierung im Kaufrecht. Rechtsvergleichende Studie unter Einbeziehung deutscher und französischer Regelungen und internationaler Regelwerke (CISG, UNIDROIT PICC, CESL, CFR), Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Bischoff*, Die Europäische Gemeinschaft und die Konventionen des einheitlichen Privatrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Bron*, Rechtsangleichung des Privatrechts auf Ebene der Europäischen Union, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2011
- *Cauffman/Smits* (Hrsg.), The Citizen in European Private Law: Norm-setting, Enforcement and Choice, Intersentia, Antwerpen 2016
- *Collins* (Hrsg.), The EU Charter of Fundamental Rights and European Contract Law, Intersentia, Antwerpen 2017
- *Dannemann/Vogenauer* (Hrsg.), The Common European Sales Law in Context: Interactions with English and German Law, Oxford University Press, Oxford 2013
- *Dastis*, Das Rücktrittsrecht des Käufers im Europäischen Privatrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *De Cristofaro/de Franceschi* (Hrsg.), Consumer Sales Law in Europe – After the Implementation of the Consumer Sales Directive, Intersentia, Antwerpen 2016
- *Drexler*, Die richtlinienkonforme Interpretation in Deutschland und Frankreich, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2012
- *Ebers*, Rechte, Rechtsbehelfe und Sanktionen im Unionsprivatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Eidenmüller/Faust/Grigoleit/Jansen/Wagner/Zimmermann*, Revision des Verbraucher-acquis, Mohr Siebeck, Tübingen 2011
- *Franzen*, Privatrechtsangleichung durch die Europäische Gemeinschaft, De Gruyter, Berlin/New York 1999
- *Fries*, Verbraucherrechtsdurchsetzung, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Gebauer*, Grundfragen der Europäisierung des Privatrechts. Eine Untersuchung nationaler Ansätze unter Berücksichtigung des italienischen und des deutschen Rechts, Heidelberg 1998
- *Gebauer/Teichmann* (Hrsg.), Enzyklopädie des Europarechts Band 6: Europäisches Privat- und Unternehmensrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2016

L — Allgemeines Literatur- und Quellenverzeichnis

- *Gebauer/Wiedmann* (Hrsg.), Zivilrecht unter europäischem Einfluss. Die richtlinienkonforme Auslegung des BGB und anderer Gesetze, Kommentierung der wichtigsten EU-Verordnungen, 2. Aufl., Boorberg-Verlag, Stuttgart 2010
- *Goanță*, Convergence in European Consumer Sales Law. A Comparative and Numerical Approach, Intersentia, Antwerpen 2016
- *Grundmann*, Europäisches Schuldvertragsrecht – das Europäische Recht der Unternehmensgeschäfte (nebst Texten und Materialien zur Rechtsangleichung), De Gruyter, Berlin/New York 1999
- *Grundmann* (Hrsg.), Systembildung und Systemlücken in Kerngebieten des Europäischen Privatrechts – Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht, Schuldvertragsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2000
- *Grundmann* (Hrsg.), European Contract Law in the Digital Age, Intersentia, Antwerpen 2018
- *Grundmann/Bianca* (Hrsg.), EU Kaufrechts-Richtlinie – Kommentar, Otto Schmidt, Köln 2002
- *Gsell/Herresthal* (Hrsg.), Vollharmonisierung im Privatrecht – Die Konzeption der Richtlinie am Scheideweg?, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Gutman*, The Constitutional Foundations of European Contract Law: A Comparative Analysis, Oxford University Press, Oxford 2014
- *Hartkamp*, European Law and National Private Law, 2. Aufl., Intersentia, Antwerpen 2016
- *Heiderhoff/Lohsse/Schulze* (Hrsg.), EU-Grundrechte und Privatrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2016
- *Heinze*, Schadensersatz im Unionsprivatrecht. Eine Studie zu Effektivität und Durchsetzung des Europäischen Privatrechts am Beispiel des Haftungsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2017
- *Helleringer/Purnhagen* (Hrsg.), Towards a European Legal Culture, C.H. Beck/Hart/Nomos, Baden-Baden 2014
- *Henke*, Enthält die Liste des Anhangs der Klauselrichtlinie 93/13/EWG Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts?, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Henninger*, Europäisches Privatrecht und Methode. Entwurf einer rechtsvergleichend gewonnenen juristischen Methodenlehre, Mohr Siebeck, Tübingen 2009
- *Herresthal*, Rechtsfortbildung im europarechtlichen Bezugsrahmen, Methoden, Kompetenzen, Grenzen; dargestellt am Beispiel des Privatrechts, C. H. Beck, München 2006
- *Höpfner*, Die systemkonforme Auslegung: Zur Auflösung einfachgesetzlicher, verfassungsrechtlicher und europarechtlicher Widersprüche im Recht, Mohr Siebeck, Tübingen 2008
- *Jansen*, Binnenmarkt, Privatrecht und Europäische Identität. Eine historische und methodische Bestandsaufnahme, Mohr Siebeck, Tübingen 2004
- *Jud/Wendehorst*, (Hrsg.), Neuordnung des Verbraucherprivatrechts in Europa? Zum Vorschlag einer Richtlinie über Rechte der Verbraucher, Wien 2009
- *Leible*, Wege zu einem europäischen Privatrecht, Habilitationsschrift Bayreuth 2001
- *Letto-Vanamo/Smits*, (Hrsg.), Coherence and Fragmentation in European Private Law, München 2012
- *van Leeuwen*, European Standardisation of Services and its Impact on Private Law. Paradoxes of Convergence, Hart, Oxford 2017
- *Lein*, Die Verzögerung der Leistung im europäischen Vertragsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2015
- *von Leuken*, Private Law and the Internal Market. Direct Horizontal Effect of the Treaty Provisions on Free Movement, Intersentia, Antwerpen 2017
- *Lippstreu*, Wege der Rechtsangleichung im Vertragsrecht. Vollharmonisierung, Mindestharmonisierung, optionales Instrument, Tübingen 2014
- *Lohse*, Rechtsangleichungsprozesse in der Europäischen Union. Instrumente, Funktionsmechanismen und Wirkparameter effektiver Harmonisierung, Mohr Siebeck, Tübingen 2017
- *Lurger*, Grundfragen der Vereinheitlichung des Vertragsrechts in der Europäischen Union, Springer, Wien 2002

- *Lüttringhaus*, Vertragsfreiheit und ihre Materialisierung im Europäischen Binnenmarkt – Die Verbürgung und Materialisierung unionaler Vertragsfreiheit im Zusammenspiel von EU-Privatrecht, BGB und ZPO, Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Martens*, Methodenlehre des Unionsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Metzger*, Extra legem, intra ius. Allgemeine Rechtsgrundsätze im europäischen Privatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2009
- *Micklitz/Sieburgh* (Hrsg.), Primary EU Law and Private Law Concepts, Intersentia, Antwerpen 2017
- *Miller*, The Emergence of EU Contract Law – Exploring Europeanization, Oxford 2011
- *Mittwoch*, Vollharmonisierung und Europäisches Privatrecht – Methode, Implikationen und Durchführung, Berlin 2013
- *Mörsdorf*, Ungleichbehandlung als Norm. Eine dogmatische Analyse des unional determinierten Antidiskriminierungsrechts in Deutschland, Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Müller-Graff* (Hrsg.), Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, Nomos-Verlag, 2. Aufl., Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999
- *Niglia*, The Struggle for European Private Law. A Critique of Codification, Hart, Oxford 2017
- *Perner*, Grundfreiheiten, Grundrechte-Charta und Privatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Reich*, General Principles of EU Civil Law, Intersentia, Antwerpen 2013
- *Remien*, Zwingendes Vertragsrecht und Grundfreiheiten des EG-Vertrags, Mohr Siebeck, Tübingen 2003
- *Riehm*, Der Grundsatz der Naturalerfüllung, Mohr Siebeck, Tübingen 2015
- *Riesenhuber* (Hrsg.), Europäische Methodenlehre. Grundfragen der Methoden des Europäischen Privatrechts, 3. Aufl., De Gruyter, Berlin 2015
- *Riesenhuber*, System und Prinzipien des Europäischen Vertragsrechts, Berlin 2003
- *Rosentrift*, Die Gefahrtragung im europäischen und internationalen Kaufrecht. CISG, INCO-Terms, Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, Verbraucherrechterichtlinie und deutsches Recht in vergleichender Perspektive, Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Rybarz*, Billigkeitserwägungen im Kontext des Europäischen Privatrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2011
- *van Schagen*, The Development of European Private Law in a Multilevel Legal Order, Intersentia, Antwerpen 2016
- *Schmidt*, Der Vertragsschluss. Ein Vergleich zwischen dem deutschen, französischen, englischen Recht und dem CESL, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Schmidt-Kessel* (Hrsg.), Der Gemeinsame Referenzrahmen, Entstehung, Inhalte, Anwendung, Sellier, München 2009
- *Schmidt-Kessel* (Hrsg.), Ein einheitliches europäisches Kaufrecht? Eine Analyse des Vorschlags der Kommission, Sellier, München 2012
- *Schröder*, Der Unternehmerregress beim Verbrauchsgüterkauf im Falle von grenzüberschreitenden Handelskäufen. Eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Betrachtung unter Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Rechts sowie des UN-Kaufrechts, des DCFR und des Vorschlags für ein GEK, Mohr Siebeck, Tübingen 2017
- *Schulte-Nölke/Zoll/Jansen/Schulze* (Hrsg.), Der Entwurf für ein optionales europäisches Kaufrecht, Sellier, München 2012
- *Schulze/Staudenmayer* (Hrsg.), Digital Revolution: Challenges for Contract Law in Practice, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2016
- *Schulze/Staudenmayer* (Hrsg.), EU Digital Law: Article-by-Article Commentary, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2020
- *Schulze/von Bar/Schulte-Nölke* (Hrsg.), Der akademische Entwurf für einen Gemeinsamen Referenzrahmen, Mohr Siebeck, Tübingen 2008
- *Sonnentag*, Das Rückgewährschuldverhältnis, Mohr Siebeck, Tübingen 2016

- *Sponholz*, Die unionsrechtlichen Vorgaben zu den Rechtsfolgen von Diskriminierungen im Privatrechtsverkehr, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017
- *Starke*, EU-Grundrechte und Vertragsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Stempel*, Treu und Glauben im Unionsprivatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Stürner*, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Vertragsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Stürner* (Hrsg.), Vollharmonisierung im europäischen Verbraucherrecht?, München 2010
- *Tamm*, Verbraucherschutzrecht. Europäisierung und Materialisierung des deutschen Zivilrechts und die Herausbildung eines Verbraucherschutzprinzips, Mohr Siebeck, Tübingen 2011
- *Twigg-Flesner* (Hrsg.), Research Handbook on EU Consumer and Contract Law, 2016
- *Twigg-Flesner* (Hrsg.), The Cambridge Companion to European Union Private Law, Cambridge University Press, Cambridge 2010
- *Wagner*, Der Einfluss Europas auf das BGB. Gesetzgebungstechnik europarechtlich veranlasster Änderungsgesetze, Duncker&Humblot, Berlin 2017
- *Zoppel*, Europäische Diskriminierungsverbote und Privatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2015

b) Zum Europäischen IPR

- *Arnold* (Hrsg.), Grundfragen des Europäischen Kollisionsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Basedow/Rühl/Ferrari/de Miguel Asensio* (Hrsg.), Encyclopedia of Private International Law, Edward Elgar, Cheltenham 2017
- *Baur/Mansel* (Hrsg.), Systemwechsel im Europäischen Kollisionsrecht, C. H. Beck, München 2002
- *Bernitt*, Die Anknüpfung von Vorfragen im europäischen Kollisionsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Bruinier*, Der Einfluss der Grundfreiheiten auf das Internationale Privatrecht, Peter Lang, Frankfurt a. M. 2003
- *Callies/Renner* (Hrsg.), Rome Regulations - Commentary, 3. Aufl., Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2020
- *Fallon/Lagarde/Poillot-Peruzzetto*, Quelle architecture pour un code européen de droit international privé?, Peter Lang, Frankfurt a. M. 2011
- *Guinchard* (Hrsg.), Rome I and Rome II in Practice, Intersentia, Antwerpen 2020
- *Hauser*, Eingriffsnormen in der Rom I-Verordnung, Mohr Siebeck, Tübingen 2012
- *von Hein/Rühl* (Hrsg.), Kohärenz im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht der Europäischen Union, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *von Hein/Kieninger/Rühl* (Hrsg.), How European is European Private International Law? Sources, Court Practice, Academic Discourse, Intersentia, Antwerpen 2019
- *Hemler*, Die Methodik der „Eingriffsnorm“ im modernen Kollisionsrecht – zugleich ein Beitrag zum Internationalen Öffentlichen Recht und zur Natur des ordre public, Mohr Siebeck, Tübingen 2019
- *Köhler*, Eingriffsnormen – Der »unfertige Teil« des europäischen IPR, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Kroll-Ludwigs*, Die Rolle der Parteiautonomie im europäischen Kollisionsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2013
- *Leible/Unberath* (Hrsg.), Brauchen wir eine Rom 0-Verordnung?, Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Jena 2013
- *Leifeld*, Das Anerkennungsprinzip im Kollisionsrechtssystem des internationalen Privatrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2010

- *Lüttringhaus*, Grenzüberschreitender Diskriminierungsschutz – Das internationale Privatrecht der Antidiskriminierung, Mohr Siebeck, Tübingen 2010
- *Nehne*, Methodik und allgemeine Lehren des europäischen Internationalen Privatrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2012
- *Nietner*, Internationaler Entscheidungseinklang im europäischen Kollisionsrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2016
- *Rentsch*, Der gewöhnliche Aufenthalt im System des Europäischen Kollisionsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2017
- *Repasi*, Wirkungsweise des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im autonomen IPR, Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Rühl*, Statut und Effizienz. Ökonomische Grundlagen des Internationalen Privatrechts, Mohr Siebeck, Tübingen 2011
- *Schilling*, Binnenmarktkollisionsrecht, De Gruyter, Berlin 2006
- *Schwemmer*, Anknüpfungsprinzipien im europäischen Kollisionsrecht. Integrationspolitische Zielsetzungen und das Prinzip der engsten Verbindung, Mohr Siebeck, Tübingen 2018
- *Stone/Farah* (Hrsg.), Research Handbook on EU Private International Law, Edward Elgar, Cheltenham 2015
- *Thoma*, Die Europäisierung und die Vergemeinschaftung des nationalen ordre public, Mohr Siebeck, Tübingen 2007
- *Trüten*, Die Entwicklungen des Internationalen Privatrechts in der Europäischen Union. Auf dem Weg zu einem europäischen IPR-Gesetz, Nomos/Stämpfli, Baden-Baden/Basel 2015
- *Weller* (Hrsg.), Europäisches Kollisionsrecht, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2016
- *Wilke*, A Conceptual Analysis of European Private International Law. The General Issues in the EU and its Member States, Intersentia, Antwerpen 2019

6. Zeitschriften

- Common Market Law Review CML Rev.
- Contratto e impresa / Europa
- Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWR)
- European Review of Contract Law (ERCL)
- European Review of Private Law (ERPL)
- Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)
- Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (IPRax)
- Journal of European Consumer and Market Law (EuCML) (früher: Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht, euvr)
- Journal of Private International Law (JPIL)
- Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (RabelsZ)
- Revue des contrats
- Yearbook of Private International Law
- Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union (GPR) (früher: Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht)
- Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (ZEuP)

7. Rechtsprechungsübersichten

a) Zum Europäischen Privatrecht

aa) In der ZEuP

Kohler/Seyr/Puffer-Mariette, ZEuP 2020, 366 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2018); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2019, 126 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2017); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2018, 177 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2016); *Kohler/Seyr/Maderbacher*, ZEuP 2017, 431 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2015); *Kohler/Puffer-Mariette/Maderbacher*, ZEuP 2016, 464 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2014); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2015, 335 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2013); *Kohler/Puffer-Mariette*, ZEuP 2014, 696 (EuGH und Privatrecht, ein Rückblick nach 60 Jahren); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2014, 116 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2012); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2013, 323 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2011); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2011, 874 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2010); *Kohler/Seyr/Puffer-Mariette*, ZEuP 2011, 145 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2009); *Kohler/Knapp*, ZEuP 2010, 620 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2008); *Kohler/Denkinger/Seyr*, ZEuP 2009, 322 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2007); *Kohler/Knapp*, ZEuP 2007, 484 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2005); *Kohler/Knapp*, ZEuP 2004, 705 (zur Rspr. des EuGH im Jahre 2002).

bb) In der EWS

Kas/Micklitz, EWS 2018, 181 und 241 (Rechtsprechungsübersicht zum Europäischen Vertrags- und Deliktsrecht, 2014–2018); *Kas/Micklitz*, EWS 2013, 314 und 353 (Rechtsprechungsübersicht zum Europäischen Vertrags- und Deliktsrecht, 2008–2013); *Micklitz*, EWS 2008, 353 (Rechtsprechung zum Europäischen Verbraucherrecht – Vertrags- und Deliktsrecht, Aufbereitung der Rechts-sachen im Anschluss an EWS 2006, 1); *Micklitz*, EWS 2006, 1 (Rechtsprechungsübersicht zum Europäischen Verbraucherrecht: Vertrags- und Deliktsrecht).

cc) In der GPR

- Länderberichte **England** von *Twigg-Flesner*, GPR 2003/04, 249; GPR 2003/04, 123
- Länderberichte **Frankreich** von *Klötgen/Mansuy*, GPR 2020, 158 (*Klötgen*); GPR 2020, 2; GPR 2019, 154; GPR 2019, 2; GPR 2018, 130; GPR 2018, 2; GPR 2017, 106; GPR 2016, 271; GPR 2015, 164; GPR 2014, 249; GPR 2014, 80; GPR 2013, 259; GPR 2013, 79; GPR 2012, 242; GPR 2012, 70; GPR 2011, 247; GPR 2011, 69; GPR 2010, 218; GPR 2010, 65; GPR 2008, 234; GPR 2007, 222 (*Klötgen*); GPR 2007, 16 (*Mansuy*); GPR 2006, 174 (*Klötgen*); GPR 2006, 115 (*Klötgen*); GPR 2006, 19 (*Mansuy/Schmied*); GPR 2005, 172 (*Mansuy*); GPR 2005, 114; GPR 2005, 65 (*Klötgen/Mansuy/Cachard*); GPR 2003/04, 250 (*Klötgen/Mansuy/Cachard*); GPR 2003/04, 177; GPR 2003/04, 122 (*Klötgen/Cachard*); GPR 2003/04, 72 (*Klötgen/Mansuy/Cachard/Lambert*)
- Länderberichte **Italien** von *Omodei Salè*, GPR 2020, 271 (*Omodei Salè/Gatti*); GPR 2020, 176 (*Omodei Salè/Gatti*); GPR 2020, 10 (*Omodei Salè/Gatti*); GPR 2019, 162 (*Omodei Salè/Gatti*); GPR 2019, 51 (*Omodei Salè/Gatti*); GPR 2018, 183; GPR 2018, 61; GPR 2017, 163; GPR 2017, 81; GPR 2016, 164; GPR 2016, 21; GPR 2015, 219; GPR 2014, 307; GPR 2013, 316; GPR 2013, 139; GPR 2012, 308; GPR 2011, 287; GPR 2011, 121; GPR 2010, 277; GPR 2010, 146; GPR 2008, 11; GPR 2007, 112; GPR 2006, 69; GPR 2005, 115; GPR 2003/04, 251; GPR 2003/04, 175; GPR 2003/04, 73

- Länderberichte **Österreich** von *Faber*, GPR 2019, 215; GPR 2018, 180
- Länderberichte **Polen** von *Tereszkiewicz*, GPR 2011, 284 (*Tereszkiewicz/Bobrzyński*); GPR 2010, 225
- Länderberichte **Spanien** von *Gascón Inchausti*, GPR 2009, 74 (*Martínez Santos*); GPR 2008, 10 (*Gascón Inchausti*); GPR 2007, 168 (*Gascón Inchausti*); GPR 2007, 15 (*Gascón Inchausti*); GPR 2006, 17 (*Gascón Inchausti*); GPR 2005, 117 (*Gascón Inchausti*); GPR 2005, 16
- Länderberichte **Tschechien** von *Semelová*, GPR 2017, 165; GPR 2016, 166; GPR 2015, 173; GPR 2014, 136; GPR 2013, 85; von *Navrátilová*, GPR 2012, 64; GPR 2011, 74; GPR 2010, 70
- Länderberichte **Ungarn** von *Harsági*, GPR 2020, 210; GPR 2019, 218; GPR 2018, 216; GPR 2017, 227; GPR 2016, 220; GPR 2015, 221; GPR 2014, 209; GPR 2013, 203; GPR 2012, 189; GPR 2011, 166; GPR 2010, 170.

b) Zum Europäischen IPR

aa) In der ZEuP

Martiny, Europäisches Internationales Schuldrecht – Feinarbeit an Rom I- und Rom II-Verordnungen, ZEuP 2018, 218; *Martiny*, Europäisches Internationales Schuldrecht – Rom I- und Rom II-Verordnungen in der Bewährung, ZEuP 2015, 838; *Martiny*, Europäisches Internationales Schuldrecht – Kampf um Kohärenz und Weiterentwicklung, ZEuP 2013, 838; *Martiny*, Neuanfang im Europäischen Internationalen Vertragsrecht mit der Rom I-Verordnung, ZEuP 2010, 747; *Martiny*, Europäisches Internationales Vertragsrecht in Erwartung der Rom I-Verordnung, ZEuP 2008, 79; *Martiny*, Neue Impulse im Europäischen Internationalen Vertragsrecht, ZEuP 2006, 60; *Martiny*, Europäisches Internationales Vertragsrecht vor der Reform, ZEuP 2003, 590; *Martiny*, Internationales Vertragsrecht im Schatten des Europäischen Gemeinschaftsrecht, ZEuP 2001, 308; *Martiny*, Europäisches Internationales Vertragsrecht – Ausbau und Konsolidierung, ZEuP 1999, 246; *Martiny*, Europäisches Internationales Vertragsrecht – Erosion der Römischen Konvention?, ZEuP 1997, 107; *Martiny*, Internationales Vertragsrecht zwischen Rechtsgefälle und Vereinheitlichung. Zum Römischen Übereinkommen vom 19. Juni 1980, ZEuP 1995, 67.

bb) In der IPRax

Mansel/Thorn/Wagner, Europäisches Kollisionsrecht 2019: Konsolidierung und Multilateralisierung, IPRax 2020, 97; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2018: Endspurt!, IPRax 2019, 85; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2017: Morgenstunde der Staatsverträge?, IPRax 2018, 121; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2016: Brexit ante portas!, IPRax 2017, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2015: Neubessinnung, IPRax 2016, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2014: Jahr des Umbruchs, IPRax 2015, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2013: Atempause im status quo, IPRax 2014, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2012: Voranschreiten des Kodifikationsprozesses – Flickenteppich des Einheitsrechts, IPRax 2013, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2011: Gegenläufige Entwicklungen, IPRax 2012, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2010: Verstärkte Zusammenarbeit als Motor der Vereinheitlichung?, IPRax 2011, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2009: Hoffnungen durch den Vertrag von Lissabon, IPRax 2010, 1; *Mansel/Thorn/Wagner*, Europäisches Kollisionsrecht 2008: Fundamente der Europäischen IPR-Kodifikation, IPRax 2009, 1; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2007: Windstille im Erntefeld der Integration,

IPRax 2007, 493; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2006: Eurozentrismus ohne Kodifikationsidee?, IPRax 2006, 573; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2005: Hegemonialgesten auf dem Weg zu einer Gesamtvereinheitlichung, IPRax 2005, 481; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2004: Territoriale Erweiterung und methodische Rückgriffe, IPRax 2004, 481; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2003 – Der Verfassungskonvent und das Internationale Privat- und Verfahrensrecht, IPRax 2003, 485; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2002: Zur Wiederkehr des Internationalen Privatrechts, IPRax 2002, 461; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2001: Anerkennungsprinzip statt IPR?, IPRax 2001, 501; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 2000: Interlokales Privatrecht oder universelles Gemeinschaftsrecht?, IPRax 2000, 454; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1999 – Die Abendstunde der Staatsverträge, IPRax 1999, 401; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1998: Kulturelle Unterschiede und Parallelaktionen, IPRax 1998, 417; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1997 – Vergemeinschaftung durch „Säulenwechsel“?, IPRax 1997, 385; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1996 – Anpassung und Transformation der nationalen Rechte, IPRax 1996, 377; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1995 – Der Dialog der Quellen, IPRax 1995, 343; *Jayme/Kohler*, Europäisches Kollisionsrecht 1994 – Quellenpluralismus und offene Kontraste, IPRax 1994, 405; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der EG 1993 – Spannungen zwischen Staatsverträgen und Richtlinien, IPRax 1993, 357; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der EG nach Maastricht, IPRax 1992, 346; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der EG 1991 – Harmonisierungsmodell oder Mehrspurigkeit des Kollisionsrechts, IPRax 1991, 361; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der EG auf dem Wege zum Binnenmarkt, IPRax 1990, 353; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der EG – Stand 1989, IPRax 1989, 337; *Jayme/Kohler*, Das Internationale Privat- und Verfahrensrecht der Europäischen Gemeinschaft – Jüngste Entwicklungen, IPRax 1988, 133; *Jayme/Kohler*, Zum Stand des internationalen Privat- und Verfahrensrechts der Europäischen Gemeinschaft, IPRax 1985, 65.

cc) In der GPR

Arnold/Zwirlein-Forschner, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum Europäischen Internationalen Privatrecht, GPR 2019, 262; *Arnold/Zwirlein*, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht, GPR 2018, 221; *Arnold*, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht, GPR 2017, 29; *Pabst*, Entwicklungen im europäischen und völkervertraglichen Kollisionsrecht 2011–2012, GPR 2013, 171; *Rauscher/Pabst*, Entwicklungen im europäischen und völkervertraglichen Kollisionsrecht 2009–2010, GPR 2011, 41; *Rauscher/Pabst*, Entwicklungen im europäischen und völkervertraglichen Kollisionsrecht 2008–2009, GPR 2009, 294; *Rauscher/Pabst*, Entwicklungen im europäischen und völkervertraglichen Kollisionsrecht 2007–2008, GPR 2008, 302; *Rauscher/Pabst*, Entwicklungen im europäischen und völkervertraglichen Kollisionsrecht 2005–2007, GPR 2007, 244.

dd) In der NJW

Rauscher, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2019 bis 2020, NJW 2020, 3632; *Rauscher*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2018 bis 2019, NJW 2019, 3486; *Rauscher*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2017 bis 2018, NJW 2018, 3421; *Rauscher*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2016 bis 2017, NJW 2017, 3486; *Rauscher*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2015 bis 2016, NJW 2016, 3493; *Rauscher*, Die

Entwicklung des internationalen Privatrechts 2014 bis 2015, NJW 2015, 3551; *Rauscher*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2013–2014, NJW 2014, 3619; *Rauscher/Pabst*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2012–2013, NJW 2013, 3692; *Rauscher/Pabst*, Die Entwicklung des Internationalen Privatrechts 2011–2012, NJW 2012, 3490; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2010–2011, NJW 2011, 3547; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2009–2010, NJW 2010, 3487; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2008–2009, NJW 2009, 3614; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2007–2008, NJW 2008, 3477; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2005–2007, NJW 2007, 3541.

8. Quellen im Internet

a) EuGH-Urteile

Sämtliche Entscheidungen des EuGH lassen sich auf der Seite des Gerichts recherchieren:

<http://curia.europa.eu/juris/recherche.jsf?language=de>

b) EU-Rechtsakte

Eine Datenbank zu sämtlichen EU-Rechtsakten findet sich auf der Seite der EU-Kommission (auch Amtsblatt der EU, Verträge, Rechtsvorschriften): <http://eur-lex.europa.eu/homepage.html>
Auch die Seite des Rates enthält die vom Europäischen Rat bzw. vom Rat der EU seit 1999 verfassten Dokumente: <http://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/>

c) Gesetzgebungsverfahren

Der Fortgang von Gesetzgebungsverfahren in der EU lässt sich im System EUR-Lex nachvollziehen:

<https://eur-lex.europa.eu/advanced-search-form.html?locale=de>

Laufende Arbeiten der in den einzelnen Ausschüssen anhängigen Legislativverfahren des Europäischen Parlaments lassen sich hier nachverfolgen: <http://www.europarl.europa.eu/committees/de/juri/documents/work-in-progress>.

d) Sonstige Informationen

Pressemeldungen der Europäischen Kommission – Vertretung in Deutschland: https://ec.europa.eu/germany/news_de

Allgemeine Pressemeldungen der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/newsroom/just/news-overview.cfm>

Erster Teil: **Institutionelle und methodische
Grundlagen**

1. Kapitel: Grundlagen und Grundbegriffe

§ 1 Funktion und Ziele einer Privatrechtsharmonisierung

Literatur: *Hallstein*, Angleichung des Privat- und Prozeßrechts in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, *RabelsZ* 28 (1964), 211; *Stürmer*, Das Privatrecht der Europäischen Union, *JURA* 2016, 1133

Systematische Übersicht

- | | |
|---|---|
| I. Verwirklichung des Binnenmarktes — 1 | 3. Vereinheitlichung der allgemeinen Marktbedingungen: „Marktteilnehmerrecht“ — 9 |
| 1. Vereinheitlichung der Schutzstandards: „Verbraucherrecht“ — 3 | II. Einheitlicher Rechtsraum — 10 |
| 2. Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen: „Unternehmensaußenrecht“ — 6 | III. Die Rolle des Vertragsrechts im Binnenmarkt — 11 |

I. Verwirklichung des Binnenmarktes

Eines der Hauptziele der Europäischen Union ist die Verwirklichung eines Binnenmarktes (Art. 3 Abs. 3 S. 1 EUV). Dieser Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Die EU hat die Kompetenz, die zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen zu erlassen (Art. 26 Abs. 1 AEUV). Grundlegende Bedeutung für die Ausübung der genannten Grundfreiheiten kommt dem Privatrecht, insbesondere dem Vertragsrecht zu. Der Vertrag ist in einer Marktwirtschaft das rechtliche Medium des Austausches von Waren und Dienstleistungen. Seine Regelung steht folglich im Mittelpunkt eines rechtspolitischen Ansatzes, der das Funktionieren des Binnenmarktes gewährleisten soll.

Das war freilich nicht immer so. In den ersten Dekaden nach der Gründung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) am 25. März 1957 ging es hauptsächlich um die Beseitigung von direkten Behinderungen der Grundfreiheiten durch protektionistische Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten. Allerdings war bereits Mitte der 1960er Jahre die Harmonisierung des Privatrechts vorhergesehen worden vom damaligen Präsidenten der Kommission, *Walter Hallstein*.¹ Die ersten Richtlinien mit direktem Privatrechtsbezug folgten dann erst in den 1980er Jahren.² Heute sind weite Bereiche des Vertragsrechts, insbesondere des Verbraucherrechts,³ starken eu-

¹ *Hallstein*, *RabelsZ* 28 (1964), 211.

² Zur Geschichte der Privatrechtsharmonisierung in Europa unten § 3.

³ Dazu bereits die Beiträge von *Stürmer*, *JURA* 2015, 30, 341, 690, 1045, *JURA* 2016, 26, 374 und 739.

ropäischen Einflüssen unterworfen. Mit dieser Harmonisierung werden im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt: (1) die Vereinheitlichung der Schutzstandards auf der Nachfragerseite im Binnenmarkt zur Stärkung des Vertrauens in den Binnenmarkt sowie (2) die Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zur Schaffung eines „level playing field“ für alle Marktteilnehmer. Aus der Zusammenschau beider Perspektiven kann gefolgert werden, dass die Harmonisierung des Europäischen Vertragsrechts eine Vereinheitlichung der allgemeinen Marktbedingungen herbeiführen soll.

1. Vereinheitlichung der Schutzstandards: „Verbraucherrecht“

Literatur: *De Hoon/Mak*, Consumer Empowerment Strategies – A Rights-Oriented Approach Versus a Needs-Oriented Approach, ZEuP 2011, 518; *Micklitz*, Europäisches Regulierungsprivatrecht: Plädoyer für ein neues Denken, GPR 2009, 254 (Teil I) sowie GPR 2010, 2 (Teil II); *Stürmer*, Grundstrukturen des Verbrauchervertrags, JURA 2015, 30; *Wendehorst*, Regulierungsprivatrecht. Verhaltenssteuerung durch Privatrecht am Beispiel des europäischen Verbrauchervertragsrechts, in: Schumann (Hrsg.), Das erziehende Gesetz, 2014, S. 113

- 3 Vorrangiges Ziel der Rechtsakte des europäischen Vertragsrechts ist die Herstellung eines in allen Mitgliedstaaten hohen Verbraucherschutz-niveaus. Das europäische Vertragsrecht verwirklicht damit auch ein Postulat des Primärrechts, das in Art. 169 AEUV die Förderung der Interessen der Verbraucher als Zielvorgabe der Union ausruft. Nach lange vorherrschender Sichtweise war diese Vorgabe durch die Herbeiführung eines einheitlichen Mindestniveaus zu verwirklichen.⁴ In der Begründung für das legislative Tätigwerden stellte die EU-Kommission dabei häufig die Binnenmarktfinalität in den Vordergrund: Die in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägten rechtlichen Rahmenbedingungen für Vertragsschlüsse könnten das Funktionieren des Binnenmarktes behindern, da sie dazu geeignet seien, die Verbraucher von der grenzüberschreitenden Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen abzuhalten.⁵ Finden Verbraucher aber in allen Mitgliedstaaten ein einheitliches Mindestschutzniveau vor, so die Argumentation, dann werden sie viel eher den Binnenmarkt nutzen. Gleichzeitig ermöglicht es das Konzept der Mindestharmonisierung den Mitgliedstaaten, solche nationalen Regelungen einzuführen oder aufrecht zu erhalten, die für Verbraucher günstiger sind.⁶ Man kann dies als Regulierungsprivatrecht bezeichnen⁷ und dem europäischen Verbraucherrecht edukatorische Zwecke zuschreiben.⁸

4 Zum Konzept der Mindestharmonisierung unten § 2 Rn. 68 ff.

5 ErwGr. Nr. 2–6 Klausel-RL; ErwGr. Nr. 3–5 VGKRL.

6 Beispiele: Art. 8 Haustür-RL, Art. 8 Klausel-RL, Art. 8 Abs. 2 VGKRL, Art. 14 Fernabs-RL.

7 So namentlich *Micklitz*, GPR 2009, 254, GPR 2010, 2.

8 So *Wendehorst*, in: Schumann, Das erziehende Gesetz, 2014, S. 113, 115ff. Zu überindividuellen Zielen im Privatrecht unten § 2 Rn. 33 ff.

Nachdem der bei grenzüberschreitenden Verträgen zwischen Unternehmern und Verbrauchern regelmäßig einschlägige Art. 6 Rom I-VO jedenfalls in vielen Fällen⁹ das Recht am Wohnsitz des Verbrauchers zur Anwendung beruft, könnte darin sogar ein Anreiz für die Mitgliedstaaten gesehen werden, das Verbraucherschutzniveau besonders hoch auszugestalten, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die eigenen Verbraucher im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr möglichst günstig auszugestalten. Doch bleiben solche Überlegungen theoretisch: Da sich eine Erhöhung des Verbraucherschutzniveaus immer auch für reine Inlandssachverhalte auswirkt und diese jedenfalls in großen Mitgliedstaaten den weitaus überwiegenden Anteil der Verbraucherverträge ausmachen, griffe das rechtspolitische Argument des Schutzes der eigenen Verbraucher gegenüber den ausländischen Anbietern nicht durch. Denn in gleichem Maße müssten sich auch die heimischen Unternehmer auf das erhöhte Verbraucherschutzniveau einstellen. Vorbehaltlich einer differenzierenden Behandlung von Inlands- und Binnenmarktsachverhalten, die zwar europarechtlich als Inländerdiskriminierung im Ansatz möglich erscheint,¹⁰ aber verfassungsrechtlich (Art. 3 Abs. 1 GG!) begründungsbedürftig wäre und rechtspolitisch regelmäßig keinen akzeptablen Regulierungsansatz bietet, sind die Anreizwirkungen, die das Konzept der Mindestharmonisierung auf die Steigerung des Verbraucherschutzniveaus auszuüben vermag, mithin durchaus beschränkt.

Das Konzept der Mindestharmonisierung bewirkt aus Sicht der Mitgliedstaaten einen vergleichsweise geringen Eingriff in die dort geltenden Regeln des Vertragsrechts. Da es jedoch keine vollständige Harmonisierung herbeiführt, sind die rechtlichen Regeln jenseits des durch Richtlinienrecht herbeigeführten Mindestschutzstandards zu meist wieder uneinheitlich, sodass die ursprünglich bekämpfte Rechtszersplitterung – wenn auch auf höherem Niveau – fortbesteht. Die neueren Rechtsakte der EU im Bereich des Privatrechts folgen daher regelmäßig dem Konzept der Vollharmonisierung.¹¹

2. Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen:

„Unternehmensaußenrecht“

Mit der Rechtsangleichung im Verbraucherrecht werden zugleich die Wettbewerbsbedingungen für die im Binnenmarkt tätigen Unternehmen vereinheitlicht. Man kann das Verbraucherrecht daher auch als „Unternehmensaußenrecht“ ansehen.¹² Jede Er-

⁹ Dazu näher unten § 32 Rn. 39 ff., dort auch zum Begriff des Ausrichtens der unternehmerischen Tätigkeit auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers.

¹⁰ S. etwa *Wollenschläger*, in: von Mangoldt/Klein/Starck, Grundgesetz, 7. Aufl. 2018, Art. 3 Rn. 221 m.N.; grundlegend dazu *Epiney*, Umgekehrte Diskriminierungen, 1994.

¹¹ Namentlich die VerbrKr-RL II, die Timesharing-RL II, die VRRRL, die Warenkauf-RL und die Digitale-Inhalte-RL. Näher unten § 2 Rn. 71 ff.

¹² *Grundmann*, Europäisches Schuldvertragsrecht, 1999, S. 12ff.

höhung des Verbraucherschutzniveaus zieht insoweit gleichzeitig eine Änderung der Marktbedingungen für die Unternehmer auf der Anbieterseite nach sich. So zwingt etwa die Einführung von Informationspflichten für Verbraucherverträge¹³ die Unternehmenseite zur Anpassung der Modalitäten des Vertragsschlusses. Die Schaffung von Widerrufsrechten für Verbraucherverträge¹⁴ verursacht Kosten, die das vom Unternehmer angebotene Produkt letztlich verteuern dürften.¹⁵

7 Der Binnenmarkt eröffnet indessen selbstverständlich nicht nur die Möglichkeit, Geschäfte mit Endabnehmern, also Verbrauchern, zu tätigen. Die Regulierung erstreckt sich gleichermaßen auf den Handel zwischen Unternehmern. Zentrale Bedeutung kommt dabei den Regelungen gegen den unlauteren Wettbewerb zu, insbesondere der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken,¹⁶ den teils primärrechtlich verankerten Regelungen im Bereich des Kartellrechts,¹⁷ aber auch der Produkthaftungs-Richtlinie.¹⁸ Dieser Bereich kann als Marktöffnungs- und Wettbewerbsrecht bezeichnet werden.¹⁹ Das Vertragsrecht im engeren Sinne hat dabei nur eine rudimentäre Regelung erfahren. Zu nennen ist etwas das Handelsvertreterrecht, wo mit der Handelsvertreter-Richtlinie²⁰ eine Reihe von Regelungen getroffen wurden hinsichtlich der vertraglichen Pflichten der Parteien, der Provision, der Vertragsbeendigung oder dem Ausgleichsanspruch.²¹

8 Eine weitergehende Vereinheitlichung des Handelsrechts steht jedoch noch aus – ein angesichts der zentralen Bedeutung dieser Materie für einen Binnenmarkt durchaus erstaunlicher Befund.²² Eine deutsch-französische Initiative hat sich die Schaffung des wissenschaftlichen Entwurfs eines Europäischen Handelsgesetzbuches zum Ziel gesetzt.²³ Das Ziel dieser von der *Fondation pour le droit continental* und der *Association Henri Capitant* unterstützten Arbeitsgruppe ist es, in zwölf verschiedenen Bereichen des Handels- und Wirtschaftsrechts konkrete Regelungsvorschläge zur Har-

13 Insbesondere durch die VRRRL, näher dazu unten § 9 Rn. 9 ff.

14 Beispiele: VRRRL, VerbrKr-RL II, Timesharing-RL II. Näher dazu unten § 14.

15 Dazu *Eidenmüller*, AcP 210 (2010), 67, 71 ff.

16 Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern.

17 Siehe die Regelungen in Art. 101, 102 AEUV. Nachweise zum einschlägigen Sekundärrecht etwa bei *Brömmelmeyer*, in: *Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV*, 2017, Art. 101 AEUV Vor Rn. 1.

18 Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte.

19 So der Titel des Werkes von *Behrens*, *Europäisches Marktöffnungs- und Wettbewerbsrecht*, 2017.

20 Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter.

21 Siehe dazu näher unten § 27.

22 Siehe allgemein zur internationalen Rechtsvereinheitlichung des Handelsrechts *Salger*, *IWRZ* 2018, 99.

23 Dazu *Lehmann*, *ZHR* 181 (2017), 9; *Lehmann*, *GPR* 2017, 262; *Riesenhuber*, *GPR* 2017, 270; *Dupichot*, *ZEuP* 2017, 145.

monisierung auf Unionsebene zu unterbreiten.²⁴ Das Recht des Handelsvertrags selbst soll allerdings nach derzeitigem Stand nicht Teil der Arbeiten sein. In ihrem Weißbuch zur Zukunft Europas hat die EU-Kommission das Szenario eines Wirtschaftsgesetzbuches für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich beteiligen wollen, immerhin erwähnt.²⁵

3. Vereinheitlichung der allgemeinen Marktbedingungen: „Marktteilnehmerrecht“

Sinnvollerweise berücksichtigt die Rechtsangleichung im Binnenmarkt die Belange aller Marktteilnehmer. Insbesondere das Vertragsrecht enthält die Rahmenbedingungen für eine Teilnahme am Binnenmarkt, sei es als Verbraucher, sei es als Unternehmer. Man kann insoweit übergeordnet von einem Marktteilnehmerrecht sprechen, als dessen Teil das Vertragsrecht zwingende und nicht-zwingende Regeln enthält, die für die Marktakteure bei der Teilnahme am Markt gelten.

II. Einheitlicher Rechtsraum

Durch die Vielzahl der Regelungen, die in den vergangenen Jahrzehnten auf europäischer Ebene in Kraft gesetzt wurden, ist ein einheitlicher Rechtsraum entstanden. Damit ist jedoch nicht viel mehr gesagt, als dass gewisse Standards und Regeln im gesamten Binnenmarkt gelten. Keinesfalls kann die EU verglichen werden mit dem einheitlichen Rechtsraum, der in einem Staat besteht. Vielfach bestehen in der Union nur punktuelle oder auch gar keine Regelungen. Teilweise wurden zur Versinnbildlichung die Metaphern des „Flickenteppichs“, des „pointillistischen Gemäldes“ oder der „Inseln im Meer“ verwendet.²⁶ Ansätzen zu einer stärker horizontalen Harmonisierung war bislang kaum Erfolg beschieden.²⁷ Indessen bilden sich mehr und mehr allgemeine Rechtsgrundsätze heraus, die an die Stelle einer weitergehenden Rechtsangleichung im Binnenmarkt treten. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem EuGH zu, der durch teilweise robuste Rechtsfortbildung mit zur Herausbildung eines Besitzstandes an Rechtsprinzipien beigetragen hat, die auch für den Bereich des Vertragsrechts enorme Bedeutung gewonnen haben.

²⁴ Siehe dazu auch unten § 4 Rn. 45 ff.

²⁵ Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, 1. März 2017, COM(2017) 2025, S. 21. Dort heißt es: „Eine Gruppe von Ländern erarbeitet ein gemeinsames „Wirtschaftsgesetzbuch“, in dem gesellschaftsrechtliche, handelsrechtliche und vergleichbare Vorschriften vereinheitlicht werden, sodass Unternehmen jeder Größenordnung einfach über Grenzen hinweg tätig sein können.“ Zu den daraus folgenden Perspektiven *Lehmann*, ERPL 2020, 73.

²⁶ Siehe dazu auch unten § 34 Rn. 2 ff.

²⁷ Näher zur Entwicklung unten § 34 Rn. 8 ff.

III. Die Rolle des Vertragsrechts im Binnenmarkt

- 11 Das Europäische Vertragsrecht hat im Binnenmarkt eine doppelte Bedeutung: Es ist einerseits Grundlage für die wirtschaftliche Tätigkeit der Marktteilnehmer. Ohne Vertragsrecht ist kein marktwirtschaftlicher Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital denkbar. Das Vertragsrecht dient damit unmittelbar der Verwirklichung der Grundfreiheiten. Auf der anderen Seite behindern die Regelungen des Vertragsrechts, jedenfalls dann, wenn sie zwingend ausgestaltet sind, auch potentiell den Markt: Das nicht harmonisierte Recht sorgt für Ungleichheiten zwischen den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, die Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel aufzustellen vermögen. Dieses Spannungsverhältnis haben Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft aufzulösen.

§ 2 Begriff und Gegenstand des Europäischen Vertragsrechts

Literatur: *Baldus e.a.*, Forum: Gemeinschaftsprivatrecht, Unionsprivatrecht, Europäisches Privatrecht?, GPR 2011, 270; *Basedow*, Grundlagen des europäischen Privatrechts, in: Kieninger/Remien (Hrsg.), Privat- und Wirtschaftsrecht im Zeichen der Europäischen Integration, 2004, S. 101; *Gebauer*, Grundfragen der Europäisierung des Privatrechts, 1998, §§ 7–11; *Gsell*, Zivilrechtsanwendung im Europäischen Mehrebenensystem, ACP 214 (2014), 99; *Herresthal*, Vertragsrecht, in: Langenbacher, Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht, 4. Aufl. 2017, § 2; *Müller-Graff* (Hrsg.), Privatrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht – Gemeinschaftsprivatrecht, 2. Aufl. 1991; *Riesenhuber*, EU-Vertragsrecht, 2013, § 2; *Schulze*, European Private Law – Current Status and Perspectives, 2011; *Stürmer*, Das Privatrecht der Europäischen Union, JURA 2016, 1133; *Zaccaria*, Il Diritto privato europeo nell'epoca del postmodernismo, in: Mélanges Fritz Sturm, Band II, 1999, S. 1311

Systematische Übersicht

- I. Europäisches Vertragsrecht als Teil des Europäischen Privatrechts — **1**
 - 1. Unionsprivatrecht und europäisches Konventionsprivatrecht — **2**
 - a) Gemeinschaftsprivatrecht bzw. Unionsprivatrecht — **2**
 - b) Konventionales Privatrecht — **4**
 - 2. Gemeineuropäisches Privatrecht oder *ius commune* — **7**
 - 3. Oberbegriff: Europäisches Privatrecht — **9**
- II. Europäisches Vertragsrecht — **10**
 - 1. Ausgangspunkt — **10**
 - 2. Verschiedene Annäherungen an den Vertrag — **11**
 - a) Rechtsphilosophische Betrachtung — **11**
 - b) Ökonomische Betrachtung — **12**
 - c) Funktional-sachorientierte Definition: Vertrag als freiwillig eingegangene Verpflichtung — **14**
 - 3. Abgrenzung zum Deliktsrecht — **17**
 - 4. Verbraucher und Unternehmer im Binnenmarkt — **20**
 - a) Die Schutzwürdigkeit des Verbrauchers — **21**
 - b) Der Verbraucherbegriff — **23**
 - c) Schutzzumfang — **29**
 - d) Schutzmechanismen — **32**
 - 5. Überindividuelle Ziele im Vertragsrecht — **33**
 - a) Distributive Elemente — **33**
 - b) Nachhaltigkeit — **35**
 - 6. Die Rolle von Vereinheitlichungsprojekten — **42**
- III. Sachbereiche des Europäischen Vertragsrechts — **45**
 - 1. Materielles europäisches Vertragsrecht — **46**
 - 2. Internationales Vertragsrecht — **47**
- IV. Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung der Europäischen Union — **50**
 - 1. Harmonisierungsziele — **50**
 - 2. Harmonisierungswege — **51**
 - a) Kollisionsrechtsvereinheitlichung — **52**
 - b) Sachrechtsvereinheitlichung — **54**
 - c) Das Mischsystem des geltenden Rechts und seine partiellen Defizite — **55**
 - 3. Harmonisierungsgrad — **58**
 - a) Rechtsangleichung: Richtlinienrecht — **60**
 - b) Rechtsvereinheitlichung: Ordnungsrecht, Primärrecht und Konventionsrecht — **61**
 - 4. Methoden und Techniken der Harmonisierung — **65**
 - a) Positive und negative Harmonisierung — **66**

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> b) Legislative und judikative Harmonisierung — 67 c) Mindest- und Vollharmonisierung — 68 d) Differenzierte Integration — 81 e) Optionale Harmonisierung — 85 | <ul style="list-style-type: none"> 5. Abgrenzung: Rechtsharmonisierung außerhalb des Unionsrechts — 88 <ul style="list-style-type: none"> a) Echte Harmonisierung — 88 b) Harmonisierung durch „Soft Law“ — 93 |
|--|--|

I. Europäisches Vertragsrecht als Teil des Europäischen Privatrechts

- 1 Das Europäische Vertragsrecht bildet einen Ausschnitt aus dem Normenkomplex des Europäischen Privatrechts. Wenig Klarheit besteht hinsichtlich der Terminologie, da beide Begriffe nicht einheitlich verwendet werden.¹ Dies betrifft vornehmlich die Frage, was eine privatrechtliche Norm als europäisch qualifiziert. Auch die Vorstellungen darüber, was zum Privatrecht gehört, divergieren von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat teils erheblich.

1. Unionsprivatrecht und europäisches Konventionsprivatrecht

a) Gemeinschaftsprivatrecht bzw. Unionsprivatrecht

- 2 Als Europäisches Privatrecht im engeren oder formellen Sinne wird das von der EU gesetzte Recht mit privatrechtlichem Inhalt bezeichnet. Es handelt sich dabei insbesondere um Sekundärrecht. Gebräuchlich sind auch die Bezeichnungen Unionsprivatrecht bzw. früher Gemeinschaftsprivatrecht oder *ius communitatis*. Auch das Primärrecht kann privatrechtsbezogene Inhalte haben. Dies gilt zunächst für das Kartellverbot des Art. 101 AEUV, aber auch für die Grundfreiheiten, die als übergeordnete Prinzipien bestimmte Ausgestaltungen des Privatrechts gebieten oder verbieten können.² Auch durch Richterrecht entwickelte Regeln und Grundsätze können zum EU-Privatrecht gerechnet werden. Allerdings handelt es sich hier im strengen Sinne bereits um einen Grenzfall, sofern die richterrechtlichen Regeln vom EuGH auf rechtsvergleichender Zusammenschau der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen und nicht im Wege der Auslegung und Rechtsfortbildung von Unionsrecht geschaffen werden. Insoweit erscheint eine Zuordnung zum formal betrachteten Unionsprivatrecht nicht selbstverständlich.
- 3 Der vor allem von *Müller-Graff* geprägte Begriff des Gemeinschaftsprivatrechts³ hat auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 und der

¹ Dazu auch *Gsell*, AcP 214 (2014), 99, 102.

² Zu den Rechtsquellen unten § 6 Rn. 2 ff.

³ *Müller-Graff* (Hrsg.), *Privatrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht – Gemeinschaftsprivatrecht*, 1989; 2. Aufl. 1991.

dadurch bewirkten Verschmelzung von EG und EU seine Wirkkraft behalten. Seine zunehmende Ersetzung durch den Begriff *Unionsprivatrecht* dient vor allem der formalen Kennzeichnung von Privatrecht, das durch die Europäische Union gesetzt wurde. Jedenfalls solange Bereiche supranationaler und intergouvernementaler Zusammenarbeit fortbestehen, erscheint es durchaus nicht falsch, den Begriff des Gemeinschaftsprivatrechts zur Kennzeichnung supranational in den Mitgliedstaaten geltenden Privatrechts weiterzuverwenden.⁴

b) Konventionalprivatrecht

Literatur: *Bischoff*, Die Europäische Gemeinschaft und die Konventionen des einheitlichen Privatrechts, 2010

Vom Unionsprivatrecht zu unterscheiden ist das sog. Konventionalprivatrecht. Dieses 4 bezeichnet völkerrechtliche Konventionen mit privatrechtlichen Inhalten, die die EU-Staaten im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit schließen. Sie haben nicht die Rechtsqualität von Unionsrecht, da sie außerhalb der im Primärrecht verankerten Kompetenzen liegen, sondern von den teilnehmenden Staaten aufgrund ihrer Souveränität auf dem Boden des Völkerrechts geschlossen wurden. Praktisch hat das Konventionalprivatrecht indessen kaum noch Bedeutung, da mittlerweile weite Teile der einschlägigen Rechtsbereiche vergemeinschaftet wurden. Als Beispiele für Konventionalprivatrecht sind etwa das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) oder das Gemeinschaftspatentübereinkommen (GPÜ) zu nennen.

Im Bereich des Kollisionsrechts zählte das zwischen den damaligen Mitgliedstaaten 5 im Wege der intergouvernementalen Zusammenarbeit geschlossene Römische Schuldvertragsübereinkommen (EVÜ)⁵ zu den zentralen Rechtsakten des Konventionalprivatrechts. Es diente der Vereinheitlichung des internationalen Schuldvertragsrechts und wurde im deutschen Recht in den Art. 27–37 EGBGB a.F. umgesetzt. Die Vergemeinschaftung der Kompetenz für die Justizielle Zusammenarbeit zugunsten der Union in Art. 81 Abs. 2 lit. c AEUV durch den Vertrag von Amsterdam⁶ führte dann

⁴ Für Beibehaltung des Begriffs Gemeinschaftsprivatrecht *Müller-Graff*, GPR 2008, 105; *Streinz*, in: Stürmer (Hrsg.), Vollharmonisierung im Europäischen Verbraucherrecht?, 2010, S. 23, 26 Fn. 17. Beide Begriffe verwendet *Basedow*, Stichwort „Gemeinschaftsprivatrecht/Unionsprivatrecht“, in: Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, Band I, 2009, S. 680ff. Siehe auch die entsprechenden Beiträge in GPR 2011, 270ff., sowie jüngst wieder *Müller-Graff*, GPR 2020, 157.

⁵ Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980, in Kraft getreten am 1.4.1991.

⁶ Zur Entwicklung *Stürmer*, in: Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV, 2017, Art. 81 AEUV Rn. 2ff.

zur weitgehenden⁷ Ablösung des EVÜ durch den Erlass der Rom I-VO.⁸ Ob dem EVÜ durch den Austritt Großbritanniens aus der EU (sog. Brexit) wieder Bedeutung zukommen könnte, ist umstritten.⁹

- 6 Erweitert man den Fokus auf das Verfahrensrecht, so ist das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (Brüsseler Übereinkommen oder EuGVÜ)¹⁰ in den Blick zu nehmen. Das ebenfalls auf Basis intergouvernementaler Zusammenarbeit geschaffene Übereinkommen enthält Vorschriften zur internationalen Zuständigkeit, der Anerkennung und Vollstreckung sowie zur Regelung von positiven Kompetenzkonflikten in Zivil- und Handelssachen. Auch hier erfolgte die Vergemeinschaftung durch Überführung in eine EU-Verordnung, der Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung (Brüssel I-VO oder EuGVVO).¹¹

2. Gemeineuropäisches Privatrecht oder *ius commune*

- 7 In Abgrenzung zu dem am positiven Recht orientierten Terminus des Unionsprivatrechts bezeichnet der Begriff gemeineuropäisches Privatrecht (oder *ius commune*) die Summe derjenigen Rechtssätze, die den europäischen Staaten – in historischer und vergleichender Perspektive – gemein sind.¹² Freilich lässt sich hier keine scharfe Abgrenzung treffen, dies sowohl hinsichtlich der Frage, was europäisch ist (nur EU-Staaten oder auch etwa die Schweiz),¹³ als auch in Bezug auf die Definition dessen, was für die Gemeinsamkeit eines Rechtssatzes eigentlich erforderlich ist. Gewisse Anhalts-

7 Dieses gilt im Verhältnis zwischen der EU und Dänemark fort.

8 Dazu unten § 32.

9 Dafür *Dickinson*, JPrivIntL 12 (2016), 195, 204; *Ungerer*, in: Kramme/Baldus/Schmidt-Kessel (Hrsg.), Brexit. Privat- und wirtschaftsrechtliche Folgen, 2. Aufl. 2020, S. 605, 617ff.; *Lehmann/Zetzsche*, JZ 2017, 62, 64f.; dagegen *Hess*, IPRax 2016, 409, 417; *Rühl*, JZ 2017, 72, 74f., jeweils m. w. N. Zu den Konsequenzen des Brexit auch unten § 3 Rn. 47 ff.

10 Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968; in Kraft getreten am 1.2.1973.

11 Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2001, L 12/1. Mittlerweile wurde die Verordnung einer Revision unterzogen. In Kraft ist nun die Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), ABl. 2012, L 351/1 (EuGVVO II oder Brüssel Ia-VO). Zu prozessualen Fragen näher unten § 35 Rn. 55.

12 *Gebauer*, Grundfragen der Europäisierung des Privatrechts, 1998, S. 62ff.; *Riesenhuber*, System und Prinzipien des Europäischen Vertragsrechts, 2003, S. 44 ff. Ein rechtsvergleichender Ansatz unter Einbeziehung des gemeineuropäischen Privatrechts liegt etwa dem Werk von *Kötz*, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl. 2015, zugrunde.

13 Kein Teil des gemeineuropäischen Privatrechts wären jedoch etwa die UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts (PICC), da sie sich nicht allein aus europäischen Rechtsprinzipien speisen. Zu ihnen unten § 2 Rn. 102.

punkte lassen sich europäischen Vereinheitlichungsprojekten entnehmen, die durch verschiedene Wissenschaftlergruppen geschaffen wurden. Beispiele sind die Principles of European Contract Law (PECL)¹⁴ oder der Draft Common Frame of Reference (DCFR),¹⁵ die nach der Intention ihrer Verfasser den jeweiligen Stand des gemeineuropäischen Privatrechts wiedergeben sollen.¹⁶ Man kann die Summe dieser Rechtssätze auch als europäisches Privatrecht im weiteren oder materiellen Sinne bezeichnen. Ihre Bedeutung geht teilweise über diejenige von rein wissenschaftlichen Texten hinaus. Dies gilt vor allem dann, wenn es sich um Entwürfe handelt, die im Hinblick auf eine mögliche Legislativinitiative geschaffen wurden, wie dies insbesondere beim DCFR der Fall war.¹⁷

Die Unschärfe des Begriffs des gemeineuropäischen Privatrechts zeigt sich insbesondere dann, wenn man mit einer verbreiteten Ansicht auch nationale Rechtsprinzipien, soweit sie den europäischen Rechtsordnungen gemeinsam sind, dazu zählen möchte.¹⁸ Dies dürfte nur für wenige Prinzipien wie etwa dem Grundsatz *pacta sunt servanda* unproblematisch möglich sein. Bereits für den Grundsatz von Treu und Glauben oder das Verbot des Rechtsmissbrauchs wird ein Konsens deutlich schwieriger zu finden sein.¹⁹ Hier zeigt sich, dass dieses Normenreservoir in erster Linie zur Domäne der Rechtsvergleichung gehört.

3. Oberbegriff: Europäisches Privatrecht

Verbreitet wird in der Wissenschaft daher der Begriff des Europäischen Privatrechts (European Private Law; *droit privé européen*) verwendet.²⁰ Er geht grundsätzlich vom formellen Begriff des Unionsprivatrechts aus, wie er oben beschrieben wurde, also der Gesamtheit derjenigen Normen mit privatrechtlichem Inhalt, die der EU-Gesetzgeber erlassen hat.²¹ Gleichzeitig bezieht er aber stets die materielle Dimension in die Betrachtung mit ein, ohne dabei in eine primär rechtsvergleichende Betrachtung der gemeineuropäischen Wurzeln des Privatrechts zu verfallen. Nur diese umfassen-

¹⁴ Zu ihnen *Zimmermann*, JURA 2005, 289 und 441 und unten § 4 Rn. 2ff.

¹⁵ Dazu unten § 3 Rn. 14ff.

¹⁶ Dazu und zu weiteren Vereinheitlichungsprojekten näher unten § 4.

¹⁷ Siehe noch unten § 3 Rn. 14ff.

¹⁸ Nach *Flessner*, JZ 2002, 14, 15 fallen hingegen sämtliche Normen der Landesprivatrechte unter den Begriff des Europäischen Privatrechts. Die Zuordnung wird damit jedoch konturlos; sie zeigt nicht deutlich genug, dass das Europäische Privatrecht eine noch im Entstehen begriffene Rechtsordnung ist.

¹⁹ Dazu *Stürmer*, Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Schuldvertragsrecht, 2010, S. 414ff. sowie unten §§ 10, 11.

²⁰ Etwa *Heiderhoff*, Europäisches Privatrecht, 5. Aufl. 2020, Rn. 1.

²¹ Diesem Ansatz folgen etwa die systematischen Werke von *Grundmann*, *Heiderhoff* und *Riesenhuber*. Kritisch hierzu in seiner Besprechung von *Riesenhuber*, System und Prinzipien des Europäischen Vertragsrechts, 2003 *Möllers*, JZ 2004, 1067, 1068: „enger positivistischer Ansatz“.

dere Sichtweise vermag die dichte Verwobenheit der verschiedenen Ebenen aufzunehmen, aus denen sich das Europäische Privatrecht zusammensetzt. Der Hauptteil des Unionsprivatrechts speist sich aus Richtlinienrecht, das wiederum der Umsetzung in das jeweilige mitgliedstaatliche Recht bedarf.²² Letztlich zeigt sich die Realität der Existenz des Europäischen Privatrechts ganz überwiegend im nationalen Recht. Nationale Umsetzungsnormen lassen sich folglich sinnvollerweise nicht ausblenden bei der Betrachtung des europäischen *acquis communautaire*. Diesem Buch liegt daher ein weiter Begriff des Europäischen Privatrechts zugrunde.²³ Eine trennscharfe Abgrenzung zu der engeren, rein unionsprivatrechtlichen Perspektive erscheint indessen weder notwendig noch sinnvoll.²⁴ Das Europäische Privatrecht ist eine dynamische Materie. Was gestern noch eine rein mitgliedstaatliche Materie war, kann morgen schon zum *acquis communautaire* gehören. Dies zeigt insbesondere die Normierung der digitalen Inhalte und ihrer rechtlichen Behandlung, die mehr und mehr Eingang in das Unionsprivatrecht finden, insbesondere deswegen, weil einzelne Mitgliedstaaten diesbezüglich ausdrückliche Regelungen geschaffen haben und andere nicht.²⁵

II. Europäisches Vertragsrecht

Literatur: *Alpa*, Conceptions and Definitions of Contract. Some Thoughts on the Differences in English and German Law, IWRZ 2019, 51; *Gutmann*, Gibt es ein Konzept des Vertrags im europäischen Vertragsrecht?, in: Arnold (Hrsg.), Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 19; *Kähler*, Zum Vertragsbegriff im Europarecht, in: Arnold (Hrsg.), Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 79; *Kieninger*, Europäische Vertragsrechtsvereinheitlichung aus rechtsökonomischer Sicht, in: FS Hans-Bernd Schäfer, 2008, S. 353

1. Ausgangspunkt

- 10** Entsprechend dieser für das Europäische Privatrecht gefundenen Begrifflichkeiten gilt es nun, den Fokus auf das Europäische Vertragsrecht zu verengen. In einem engeren, formellen Sinne handelt es sich dabei um das positive, auf unionale Rechtsquellen zurückzuführende Vertragsrecht. Nach dem eben Ausgeführten erscheint es aber auch hier unerlässlich, das mitgliedstaatliche Recht mit in den Untersuchungsgegenstand einzubeziehen, dies jedenfalls soweit es der Umsetzung von Unionsrecht dient oder jedenfalls Unionsbezug aufweist. Betrachtet man den Untersuchungsgegenstand von

²² Dazu näher unten § 8.

²³ Siehe zur Begriffsbildung auch *Jansen*, Stichwort „Europäisches Privatrecht“, in: Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, 2009; *Zaccaria*, in: *Mélanges Fritz Sturm*, Band II, 1999, S. 1311.

²⁴ Als „schillernd“ bezeichnet *Franzen* (GPR 2020, 280) den Begriff „europäisches Privatrecht“.

²⁵ Dazu unten § 23.

seinen Einzelheiten her, so bildet das Vertragsrecht denjenigen Teil des Privatrechts, der sich mit dem Zustandekommen, der Wirksamkeit und dem Inhalt von Verträgen befasst. Die Frage, was ein Vertrag eigentlich genau ist, lässt sich sehr unterschiedlich beantworten. Diese Diskussion kann an dieser Stelle nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden. Jedenfalls im Prozess der Entstehung des Privatrechts der Europäischen Union gab es keine Debatte über den Vertragsbegriff als solchen; eine übergreifende Definition existiert nicht.²⁶ So kann man knapp formulieren: „Die Antwort auf die Frage, ob es ein Konzept des Vertrags im europäischen Vertragsrecht gibt, lautet: nein.“²⁷

2. Verschiedene Annäherungen an den Vertrag

a) Rechtsphilosophische Betrachtung

Der Vertrag ist ein von der Rechtsordnung bereitgehaltenes Mittel zur Regelung rechtlich relevanter privater Angelegenheiten. Dabei kommt in einer freien Marktwirtschaft der Gewährleistung privatautonomer Gestaltungsmöglichkeit überragende Bedeutung zu.²⁸ Sie ist unmittelbare Folge der Anerkennung eines jeden Rechtssubjekts als Person und basiert auf der philosophischen Idee der Achtung der Mitmenschen als selbstbestimmte Persönlichkeiten.²⁹ Kennzeichnend ist die Selbstbindung, die der Vertragsschluss herbeiführt. Im französischen Code civil findet sich hierzu die klassische Formulierung: „Les conventions légalement formées tiennent lieu de loi à ceux qui les ont faites.“ (Art. 1103 Code civil).³⁰ Das ist im Grundsatz auch im Unionsrecht anerkannt, auch wenn dies unausgesprochen bleibt. Insofern ist die rechtsphilosophische Aufarbeitung des Vertragsbegriffs vor allem der Rechtswissenschaft überlassen.³¹

b) Ökonomische Betrachtung

Man kann sich dem Vertrag auch ökonomisch nähern. Die ökonomische Analyse des Vertragsrechts³² betrachtet die Folgen, die ein Vertrag und seine Durchführung unter

²⁶ Zur Vielfalt der Vertragsbegriffe im Unionsprivatrecht *Kähler*, in: Arnold, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 79. Dazu noch unten § 3.

²⁷ *Gutmann*, in: Arnold, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 19.

²⁸ Siehe dazu unten § 10.

²⁹ Siehe auch BVerfGE 49, 286, 298: „Art. 1 Abs. 1 GG schützt die Würde des Menschen, wie er sich in seiner Individualität selbst begreift und seiner selbst bewußt wird. Hierzu gehört, daß der Mensch über sich selbst verfügen und sein Schicksal eigenverantwortlich gestalten kann.“

³⁰ Zur Geltung des Grundsatzes *pacta sunt servanda* im Unionsrecht unten § 10 Rn. 4 ff.

³¹ Siehe dazu *Arnold*, in: Arnold, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 1, 13 ff.

³² Zur grundsätzlichen Kritik an den Prämissen und dem Geltungsanspruch der ökonomischen Analyse des Rechts schon früh *Horn*, AcP 176 (1976), 307; vgl. weiter *Fezer*, JZ 1986, 817, 821 ff.; *dens.*, JZ 1988, 223; *Rittner*, JZ 2005, 668.

Effizienzgesichtspunkten haben. Dies kann sie grundsätzlich unabhängig von der tatsächlichen normativen Ausgestaltung des geltenden Vertragsrechts tun. So kann etwa abstrakt gefragt werden, unter welchen Voraussetzungen der Bruch einer vertraglichen Verpflichtung ökonomisch gesehen effizient ist (efficient breach).³³ Umgekehrt kann das Recht aber auch so ausgestaltet werden, dass eine ökonomisch erwünschte Wirkung erzielt wird. Ganz grundsätzlich funktioniert der Güteraustausch am besten, wenn die Parteien möglichst frei sind, Verträge abzuschließen; hierdurch wird die Wohlfahrt gesteigert.³⁴ Danach liegt es an jedem Marktteilnehmer selbst zu entscheiden, was für ihn von Nutzen ist. In Bezug auf das Vertragsrecht nimmt die ökonomische Analyse des Rechts eine liberale Grundhaltung ein: Einen funktionierenden Markt vorausgesetzt, beinhaltet der Vertrag für sie einen zwischen den (rationalen, nutzenmaximierenden) Parteien optimalen Interessenausgleich, da diese selbst am besten ihre Interessen zu vertreten imstande sind.³⁵

- 13 Die klassische ökonomische Analyse des Rechts geht davon aus, dass die einzelnen Marktteilnehmer rational handeln mit dem Ziel, ihren Eigennutz zu steigern, und dass der Zweck des Rechts in einer Steuerung dieses Verhaltens im Sinne einer effizienten Allokation knapper Ressourcen besteht.³⁶ Transaktionskosten werden in der Regel ausgeblendet. Zur Ermittlung der Effizienz rechtlicher Regeln werden unterschiedliche Wege befürwortet, die aber im Ausgangspunkt jeweils auf der Annahme basieren, dass alle Marktteilnehmer informiert sind und auf der Basis dieser Information rational und nutzenmaximierend handeln.³⁷ Anklänge an diese Theorie finden sich etwa im Informationsmodell des europäischen Vertragsrechts.³⁸

c) Funktional-sachorientierte Definition: Vertrag als freiwillig eingegangene Verpflichtung

- 14 Die dargestellten Ansätze markieren in erster Linie unterschiedliche Perspektiven, sie sind keineswegs zwingend gegensätzlich. Sehr viel technischer mutet die Umschrei-

33 Dazu noch unten § 18 Rn. 39 ff.

34 Dazu zusammenfassend *Kötz*, JuS 2003, 209.

35 Vgl. *Smith*, *Contract Theory*, 2004, S. 110; *Unberath*, *Die Vertragsverletzung*, 2007, S. 136 f.; *E. Posner*, 112 *Yale L.J.* 829, 863 (2003).

36 Vgl. nur *Schäfer/Ott*, *Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts*, 4. Aufl. 2005, S. 3 ff.; *Taupitz*, *AcP* 196 (1996), 114, 117 f.; kritisch zum neoklassischen Modell etwa *Smith*, *Contract Theory*, 2004, S. 119 ff.

37 Seit einiger Zeit diskutiert wird insbesondere ein behavioristischer Ansatz, der das Modell des homo oeconomicus nach kognitionspsychologischen Erkenntnissen modifiziert, dazu *Korobkin/Ulen*, 88 *Cal. L. Rev.* 1053 (2000); *Eidenmüller*, *JZ* 2005, 216; *Lurger*, in: *Arnold*, *Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts*, 2014, S. 101, 118 ff.

38 Unten § 12 Rn. 1 ff.

bung des Vertrags durch den EuGH an. Dieser sieht den Vertrag im Rahmen des Gerichtsstandes des Erfüllungsortes in Art. 7 Nr. 1 lit. a Brüssel Ia-VO schlicht als „freiwillig eingegangene Verpflichtung“ an.³⁹ Für die Zwecke des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts lassen sich hiermit brauchbare Ergebnisse erzielen.⁴⁰

Das bedeutet nicht zwingend, dass damit ein einheitlicher Vertragsbegriff für das 15 Unionsrecht bestehen müsste.⁴¹ Vielmehr ist für jeden Sekundärrechtsakt im Ausgangspunkt nach dessen Regelungsanliegen zu fragen – dies kann eine unterschiedliche Auslegung ähnlicher oder gleicher Rechtsbegriffe bedingen.⁴² Hinsichtlich des Vertragsbegriffs in den Richtlinien und Verordnungen des materiellen Unionsprivatrechts besteht wegen des punktuellen Regelungsansatzes, der dort noch immer verfolgt wird,⁴³ nicht unbedingt die Notwendigkeit der Herausbildung übergreifender Begrifflichkeiten. So beschränkt sich die zentrale Verbraucherrechte-Richtlinie darauf, einzelne Vertragstypen in ihren Eigenheiten zu umschreiben (Kaufvertrag, Dienstleistungsvertrag, Fernabsatzvertrag etc., Art. 2 Nr. 5–8 VRRRL), ohne aber zum Kern des Vertragsbegriffs selbst vorzustoßen.

Insgesamt unterscheidet sich der Vertragsbegriff des Unionsrechts kaum von 16 demjenigen des deutschen Rechts. Dort wird der Vertrag als privatautonome Regelung eines Rechtsverhältnisses durch Rechtsgeschäft aufgrund des übereinstimmenden Willens von mindestens zwei Parteien verstanden.⁴⁴ Der auf rechtsvergleichender Basis entstandene Draft Common Frame of Reference⁴⁵ enthält in Art. II.–1:101 eine ganz ähnliche Definition: „(1) A contract is an agreement which is intended to give rise to a binding legal relationship or to have some other legal effect. It is a bilateral or multilateral juridical act.“ Weil das Unionsprivatrecht noch immer nur eine fragmentarische Regelung gefunden hat, lässt sich vielleicht sagen, dass der dortige Vertragsbegriff unfertiger ist als derjenige der nationalen Rechtsordnungen. Insofern besteht wohl in der Tendenz eine größere Offenheit, da das dogmatische Korsett weitaus weniger eng anliegt. Doch nähert sich das Unionsrecht neuartigen Phänomenen wie etwa den Verträgen unter Einschaltung Dritter, insbesondere Online-Vermittlerplattformen, weniger von der vertragsrechtlichen als eher von der regulatorischen Ebene.⁴⁶

39 EuGH, 17.6.1992, Rs. C-26/91 – *Handte*, Slg. 1992, I-3967, Rn. 15; seither st. Rspr.; vgl. die Nachweise bei Rauscher/*Leible*, EuZPR/EuIPR, 5. Aufl. 2021, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn. 20.

40 Siehe auch unten § 32 Rn. 4 ff. und § 35 Rn. 89 ff.; zur Abgrenzung zu außervertraglichen Schuldverhältnissen sogleich Rn. 17 ff.

41 Dazu noch unten § 34 Rn. 44 ff.

42 Zum Verbraucherbegriff sogleich Rn. 20 ff.

43 Siehe § 34 Rn. 1 ff.

44 So die klassische Formulierung bei *Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band II: Das Rechtsgeschäft, 4. Aufl. 1992, § 33, 2 (S. 602).

45 Dazu § 3 Rn. 14 ff.

46 Siehe dazu noch § 23 Rn. 61 ff.

Ein neuer Zugang zum Vertragsrecht, wie ihn etwa die Lehre von den Vertragsnetzen befürwortet hat, liegt darin nicht.⁴⁷

3. Abgrenzung zum Deliktsrecht

Literatur: *Martín-Casals* (Hrsg.), *The Borderlines of Tort Law: Interactions with Contract Law*, 2019; *Riehm*, *Gesetzliche Schuldverhältnisse*, in: *Langenbucher, Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht*, 4. Aufl. 2017, § 3 Rn. 35 ff.

- 17 Die Abgrenzung zwischen Vertrag und Delikt gehört zu den Dauerthemen der zivilistischen Dogmatik.⁴⁸ Sie gewinnt vor allem dann an Bedeutung, wenn das eine Regime andere Haftungsvoraussetzungen aufstellt als das andere. Das zeigt sich besonders deutlich am deutschen BGB: Hier ist die deliktische Haftung für reine Vermögensschäden (pure economic loss) im Gegensatz zum Vertragsrecht auf besondere Ausnahmefälle beschränkt, die etwa Vorsatz (bei § 826 BGB) oder eine besondere Qualität des Eingriffs (bei Verletzung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstiges Recht in § 823 Abs. 1 BGB) erfordern. Entsprechend groß erscheint das Bedürfnis, die so empfundenen Schutzlücken im Haftungssystem anderweitig auszugleichen, etwa über die Figur des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter oder Ausweitungen der Haftung für vorvertragliches Verhalten (*culpa in contrahendo*).
- 18 Im europäischen Privatrecht herrscht nach wie vor ein punktueller Regelungsansatz vor. Eine übergreifende Abgrenzung von Vertrag und Delikt ist daher weder nötig noch möglich. Im Bereich der außervertraglichen Schuldverhältnisse finden sich ohnehin nur sehr wenige Regelungen; zu nennen ist insbesondere die Produkthaftungs-Richtlinie.⁴⁹ Abgrenzungsfragen entstehen daher weniger zwischen den dogmatischen Makro-Kategorien Vertrag und Delikt, sondern vielmehr hinsichtlich des sachlichen Anwendungsbereichs eines bestimmten Sekundärrechtsaktes.
- 19 Anders liegen die Dinge indessen im Bereich des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts. Dort liegen mit den Verordnungen Rom I und Rom II sowie der Brüssel Ia-VO umfassende Regelwerke vor, die jeweils für vertragliche und für deliktische Schuldverhältnisse besondere Anknüpfungsregeln enthalten, sodass es hier einer ge-

⁴⁷ Vgl. zum Themenbereich etwa *Rohe*, *Netzverträge – Rechtsprobleme komplexer Vertragsverbindungen*, 1998; *Eberl-Borges*, AcP 203 (2003), 633; *Grundmann*, AcP 207 (2007), 718; aus kollisionsrechtlicher Sicht *Grušić*, ICLQ 65 (2016), 581.

⁴⁸ S. etwa *Kegel*, *Vertrag und Delikt*, 2002.

⁴⁹ Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. EG 1985 Nr. L 210/29. Für weitere Beispiele siehe *Riehm*, in: *Langenbucher, Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht*, 4. Aufl. 2017, § 3 Rn. 39.

nerellen Abgrenzung bedarf. Dies wird an späterer Stelle zu vertiefen sein.⁵⁰ Bereits erwähnt wurde, dass der EuGH den Vertrag als freiwillig eingegangene Verpflichtung definiert;⁵¹ als außervertraglich sieht er demgegenüber solche Schuldverhältnisse an, die nicht unter den Vertragsbegriff fallen.⁵²

4. Verbraucher und Unternehmer im Binnenmarkt

Literatur: *Augenhöfer*, Die Reform des Verbraucherrechts durch den „New Deal“ – ein Schritt zu einer effektiven Rechtsdurchsetzung?, *EuZW* 2019, 5; *Bülow*, Der Begriff des Verbrauchers in europäischen Rechtsakten und im deutschen Recht, insbesondere bei den Zahlungsdiensten, in: FS Müller-Graff, 2015, S. 170; *Gsell*, Verbraucherrealitäten und Verbraucherrecht im Wandel, *JZ* 2012, 809; *I. Hoffmann*, Die Verbraucherrolle. Zur Frage nach den maßgeblichen Kriterien im materiellen Recht und im Prozessrecht, 2019; *Micklitz*, in: Verhandlungen des 69. Deutschen Juristentages, Band I: Gutachten A: Brauchen Konsumenten und Unternehmen eine neue Architektur des Verbraucherrechts?, 2012; *Piekenbrock/Ludwig*, Zum deutschen und europäischen Verbraucherbegriff, *GPR* 2010, 114; *van Schagen/Weatherill* (Hrsg.), *Better Regulation in EU Contract Law. The Fitness Check and the New Deal for Consumers*, 2019; *Schulte-Nölke*, The Brave New World of EU Consumer Law – Without Consumers, or Even Without Law?, *EuCML* 2015, 135

Europäisches Vertragsrecht ist im Kern zu weiten Teilen Verbraucherrecht. Zwar gilt 20 im Bereich des Privatrechts der Grundsatz der Vertragsfreiheit, nach *Flumes* bekannter Diktion „das Prinzip der Selbstgestaltung der Rechtsverhältnisse durch den einzelnen nach seinem Willen“.⁵³ Schon lange ist indessen anerkannt, dass die darin liegende formale Sichtweise einer Vertragsgerechtigkeit die ökonomische und soziale Realität nicht ausreichend widerspiegelt. So greift das Recht heute vielfach in das Vertragsgefüge in Form von zwingenden oder halbzwingenden Vorschriften ein. Dies gilt insbesondere für das Arbeitsrecht, das Mietrecht, und seit einiger Zeit in besonderem Maße für das Verbraucherrecht.

a) Die Schutzwürdigkeit des Verbrauchers

Entscheidende Anstöße für die Stärkung des Verbraucherschutzes kamen aus Brüssel. 21 Als eine der ersten verbraucherschützenden Richtlinien führte die üblicherweise als

⁵⁰ Siehe unten § 32 Rn. 4 ff. und § 35 Rn. 89 ff.

⁵¹ EuGH, 17.6.1992, Rs. C-26/91 – *Handte*, Slg. 1992, I-3967, Rn. 15; seither st. Rspr.

⁵² EuGH, 27.9.1988, Rs. 189/87 – *Kalfelis*, Slg. 1988, 5565, Rn. 17; EuGH, 13.3.2014, Rs. C-548/12 – *Brogstetter*, ECLI:EU:C:2014:148, Rn. 20; EuGH, 24.11.2020, Rs. C-59/19 – *Wikingehof*, ECLI:EU:C:2020:950, Rn. 23.

⁵³ *Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band II: Das Rechtsgeschäft, 4. Aufl. 1992, § 1, 1 und 5 (S. 1, 6); ebenso *Canaris*, AcP 200 (2000), 273, 277.

Haustürwiderrufs-Richtlinie bezeichnete Richtlinie 85/577/EWG⁵⁴ im Jahre 1985 ein Widerrufsrecht des Verbrauchers hinsichtlich solcher Verträge ein, die in sogenannten Haustürsituationen geschlossen wurden. Zahlreiche weitere Rechtsakte folgten.⁵⁵ Aus europäischer Sicht dient die Angleichung der Verbraucherschutzvorschriften der Verwirklichung des Binnenmarktes; Art. 38 der Grundrechtecharta weist dem Ziel eines hohen Verbraucherschutzniveaus gar Verfassungsrang zu.⁵⁶ Hierdurch soll vor allem das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt gestärkt werden.⁵⁷ Mittlerweile gehört der vertragliche Verbraucherschutz zum akzeptierten Kernbereich einer modernen Rechtsordnung, wie vor allem die als übergreifender (horizontaler) Rechtsakt gedachte Richtlinie 2011/83/EU vom 25.10.2011 über Rechte der Verbraucher zeigt.⁵⁸

- 22 Dessen ungeachtet besteht keine Einigkeit hinsichtlich der dogmatischen Legitimation des Verbraucherschutzes. Traditionell wurde zumeist pauschal davon gesprochen, dass der Verbraucher dem Unternehmer unterlegen sei und daher vom Recht besonders geschützt werden müsse; es dominierten sozialpolitische Zwecksetzungen.⁵⁹ Ökonomische Modelle sehen Informationsasymmetrien und rechtfertigen das gesetzgeberische Eingreifen durch Marktversagen.⁶⁰ Für den EU-Gesetzgeber steht beim Verbraucherschutz vor allem dessen Bedeutung für den Binnenmarkt im Vordergrund. Dies schreibt Art. 38 GRCh fest; es ergibt sich aber auch aus den primärrechtlichen Vorgaben in Art. 169 Abs. 1 AEUV sowie Art. 114 Abs. 3 AEUV, wonach bei allen Initiativen im Rahmen des Binnenmarktes u. a. ein hohes Verbraucherschutzniveau sicherzustellen ist.

b) Der Verbraucherbegriff

- 23 Zentrale Bedeutung kommt dem Verbraucherbegriff zu.⁶¹ Zahlreiche Rechtsakte unionaler Herkunft enthalten entsprechende Definitionsnormen. So definiert Art. 2 Nr. 2

54 Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen.

55 Zur Entwicklung etwa *Gsell*, in: Staudinger-Eckpfeiler, 6. Aufl. 2018, Teil L Rn. 1 ff.

56 Siehe auch die Regelung in Art. 12, 169 AEUV.

57 Dies zeigt sich etwa bei der Begründung vollharmonisierender Richtlinien, siehe unten § 2 Rn. 71 ff.

58 ABl EU Nr. L 304 v. 22.11.2011, 64, hierzu *Lerm*, GPR 2012, 166; *Unger*, ZEuP 2012, 270; *Janal*, WM 2012, 2314; *Grundmann*, JZ 2013, 53 sowie unten § 9 Rn. 9 ff.

59 Eingehend dazu *Heiderhoff*, Grundstrukturen des nationalen und europäischen Verbrauchervertragsrechts, 2004, S. 257 ff. Zum Schwächerenschutz im Europäischen Vertragsrecht noch unten § 11 Rn. 18 ff.

60 Grundlegend *Dauner-Lieb*, Verbraucherschutz durch Ausbildung eines Sonderprivatrechts für Verbraucher, 1983. Guter Überblick über die verschiedenen Ansätze bei *von Vogel*, Verbrauchervertragsrecht und allgemeines Vertragsrecht, 2006, S. 39 ff.

61 Dazu etwa *Gsell*, JZ 2012, 809; *Hoffmann*, Die Verbraucherrolle, 2019. Siehe auch die weiteren Ausführungen unten § 34 Rn. 41 ff.

Warenkauf-RL den Verbraucher als „jede natürliche Person, die in Bezug auf von dieser Richtlinie erfasste Verträge zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit liegen“. Diese beiden Voraussetzungen – nur natürliche Personen; keine berufliche oder gewerbliche Zwecksetzung – finden sich durchweg in allen relevanten Richtlinien.⁶²

Im deutschen Recht enthält § 13 BGB eine Definitionsnorm, die wesentlich darauf **24** abstellt, dass mit dem konkreten Vertragsschluss eine nicht-gewerbliche Zwecksetzung verfolgt wird. Der Schutz, der dem Verbraucher zuteil wird, ist damit situativ.⁶³ Auch ein Kaufmann kann Verbraucher sein, wenn er Möbel für sein Eigenheim kauft; gleichermaßen unterfällt ein Rechtsanwalt dem Schutzregime des Verbraucherrechts, wenn er ein Privatdarlehen aufnimmt.⁶⁴ Die Beschränkung auf natürliche Personen, die das Richtlinienrecht durchzieht,⁶⁵ findet sich auch hier wieder. Gleichwohl finden sich Stimmen, die für eine Ausdehnung des Verbraucherbegriffes auf Idealvereine eintreten.⁶⁶ Eine derartige Ausweitung ist jedenfalls im Anwendungsbereich von mindestharmonisierenden Richtlinien ganz grundsätzlich möglich.⁶⁷ Auch vollharmonisierende Richtlinien enthalten teils entsprechende Öffnungsklauseln, dies zeigt etwa Erwägungsgrund Nr. 13 VRRRL. Der deutsche Gesetzgeber hat hiervon ausweislich § 13 BGB generell nicht Gebrauch gemacht, sodass dessen analoge Anwendung schwer fällt.

Anders zeigt sich die Lage hinsichtlich gemeinschaftlich handelnden natürlichen **25** Personen, denen in ihrer Gesamtheit keine Rechtsfähigkeit zukommt: Diese sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen jeweils einzeln als Verbraucher anzusehen. Mithin können etwa nach deutschem Recht bestehende Bruchteilsgemeinschaften und Innengesellschaften bürgerlichen Rechts, aber auch eheliche Gütergemeinschaften oder Erbengemeinschaften in den Genuss von verbraucherschützenden Vorschriften kommen.⁶⁸ Konsequenterweise hört dieser Schutz dort auf, wo die Rechtsfähigkeit

62 Übersicht bei BeckOGK-BGB/*Alexander* (Stand 1.4.2020), § 13 Rn. 126–129. Zu Einzelheiten siehe die Erläuterungen bei den betreffenden Richtlinien.

63 Für ein „bewegliches System“ mit unterschiedlichen Verbrauchertypen *Micklitz*, in: Verhandlungen des 69. Deutschen Juristentages, 2012, S. 36 ff., 104 ff.; *ders.*, NJW-Beilage 3/2012, S. 77. Kritisch dazu *Gsell*, JZ 2012, 809, 816.

64 So zur Klausel-Richtlinie EuGH, 3.9.2015, Rs. C-110/14 – *Volksbank România*, EuZW 2015, 767, Rn. 14 ff.

65 So etwa Art. 2 lit. b Klausel-RL, dazu EuGH, 22.11.2001, Rs. C-541/99 und C-542/99 – *Cape und Ideal-service MN RE*, ECLI:EU:C:2001:625, Rn. 16; EuGH, 2.4.2020, Rs. C-329/19 – *Condominio di Milano*, WM 2020, 881, Rn. 24 ff.

66 Offen dafür etwa MüKo-BGB/*Micklitz*, 8. Aufl. 2018, § 13 Rn. 15 m.N.

67 Siehe für die Klausel-RL EuGH, 2.4.2020, Rs. C-329/19 – *Condominio di Milano*, WM 2020, 881, Rn. 34.

68 MüKo-BGB/*Micklitz*, 8. Aufl. 2018, § 13 Rn. 17 m.N.

und damit die Verselbstständigung der Personenmehrheit beginnt, sodass insbesondere die Außen-GbR⁶⁹ nicht als Verbraucher anzusehen ist.⁷⁰

26 In zeitlicher Hinsicht ist grundsätzlich aus Schutzzweckerwägungen heraus die Entäußerung der auf den Vertragsschluss gerichteten Willenserklärung seitens des Verbrauchers maßgeblich, da bis dahin die nach einschlägigen Richtlinien zur Verfügung zu stellenden Informationen beim Verbraucher angekommen sein müssen, jedenfalls aber der Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Bei rein formaler Betrachtung könnten Existenzgründer damit als Verbraucher angesehen werden. In prozessuellem Kontext hat der EuGH dies indessen abgelehnt; entscheidend sei der Zusammenhang mit der in Aussicht genommenen beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit, sei diese auch erst in Zukunft geplant.⁷¹ Dies ist zwar nicht per se für den Bereich des materiellen Rechts verbindlich, doch zeigen neuere Richtlinien insoweit eine ähnliche Linie: So stellt es die Warenkauf-Richtlinie den Mitgliedstaaten frei, Existenzgründer in den Schutzbereich des umgesetzten Richtlinienrechts einzubeziehen (Erwägungsgrund Nr. 21 Warenkauf-RL). Im Umkehrschluss dürfte sich ergeben, dass die Richtlinie sie nicht erfasst. Im deutschen Recht ist die Beurteilung uneinheitlich.⁷² Die explizit auf Existenzgründer zugeschnittene Regelung des § 513 BGB jedenfalls bietet methodische Handhabe für den Umkehrschluss, dass § 13 BGB diese nicht erfassen soll.⁷³

27 Umstritten ist auch die Frage, ob nach Vertragsschluss ein Verlust der Verbrauchereigenschaft eintreten kann. Das wird vor allem bei Dauerschuldverhältnissen eine Rolle spielen, aber etwa auch beim Kauf, wenn der privat erworbene Laptop nach Existenzgründung nunmehr beruflich genutzt wird und zu diesem Zeitpunkt ein Mangel auftritt. Wiederum im verfahrensrechtlichen Kontext bejaht der EuGH die Verlustmöglichkeit im Grundsatz⁷⁴ unter Hinweis auf das Erfordernis einer engen Auslegung der Art. 17–19 Brüssel Ia-VO. Dessen ungeachtet sei der Verbraucherbegriff „von den Kenntnissen und Informationen, über die die betreffende Person tatsächlich verfügt, unabhängig“, sodass ihr „weder die Expertise, die diese Person im Bereich der genannten Dienste erwerben kann, noch ihr Engagement bei der Vertretung der Rechte und Interessen der Nutzer solcher Dienste die Verbrauchereigenschaft [...] nehmen“ könne.⁷⁵ Das scheint die gegenteilige Schlussfolgerung naheulegen, nämlich eine statische Betrachtung, die allein auf die Verbrauchereigenschaft zum Zeitpunkt des

⁶⁹ Dieser wird Rechtsfähigkeit zugesprochen seit BGHZ 146, 341 („ARGE Weißes Ross“).

⁷⁰ Jauernig/*Mansel*, 18. Aufl. 2021, § 13 Rn. 2 m. w. N.

⁷¹ EuGH, 3.7.1997, Rs. C-269/95 – *Benincasa*, Slg. 1997, I-3767, Rn. 17.

⁷² Näher MüKo-BGB/*Micklitz*, 8. Aufl. 2018, § 13 Rn. 62ff.

⁷³ Siehe BGH NJW 2005, 1273; anderes gilt nur für Verträge, die lediglich der Vorbereitung der Existenzgründungsentscheidung dienen: Insoweit kann Verbrauchereigenschaft bestehen, s. BGH NJW 2008, 435.

⁷⁴ EuGH, 25.1.2018, Rs. C-498/16 – *Schrems/Facebook*, ECLI:EU:C:2018:37, Rn. 37.

⁷⁵ EuGH, 25.1.2018, Rs. C-498/16 – *Schrems/Facebook*, ECLI:EU:C:2018:37, Rn. 39.

Vertragsschlusses abstellt. Nur eine solche erscheint in der Tat – jenseits von Fällen des Rechtsmissbrauchs – nicht nur für das Verfahrensrecht, sondern für sämtliche Bereiche des Verbraucherrechts vorzugswürdig.

Schwierigkeiten bereiten schließlich Verträge mit gemischter Zwecksetzung (sog. 28 dual use), so etwa der Kauf eines Laptops durch einen Rechtsanwalt, der für dienstliche Auswärtstermine ebenso genutzt werden soll wie für private Korrespondenz. Legte man die Rechtsprechung des EuGH zum Verbraucherbegriff im Bereich des internationalen Verfahrensrechts zugrunde, so griffen die einschlägigen Vorschriften nur dann, wenn der beruflich-gewerbliche Zweck derart nebensächlich ist, dass er im Gesamtzusammenhang des betreffenden Geschäfts nur eine ganz untergeordnete Rolle spielt.⁷⁶ Die im Kontext des Vertragsrechts vielfach maßgebliche VRRRL lässt hingegen bei Verträgen mit doppelter Zwecksetzung ausreichen, dass der gewerbliche Zweck nicht überwiegt.⁷⁷ Auch dies zeigt, dass im europäischen Sekundärrecht kein einheitlicher Verbraucherbegriff besteht. Stets ist der konkrete Vertrag mitsamt seinem europarechtlichen Kontext entscheidend.

c) Schutzzumfang

Der Verbraucherschutz im Vertragsrecht besteht keineswegs umfassend, er erstreckt 29 sich zum einen auf einzelne Vertragstypen bzw. -inhalte sowie zum anderen auf bestimmte Modalitäten des Vertragsschlusses. Hier zeigt sich wieder die in erster Linie punktuelle Regulierung im Wege bereichsspezifischen Richtlinienrechts.

In die Gruppe der vertragstypenbezogenen Regelungen gehören dabei insbeson- 30 dere Verbrauchsgüterkaufverträge (Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie, Umsetzung insb. in den §§ 474 ff. BGB), Teilzeit-Wohnrechteverträge (Timesharing-Richtlinie, Umsetzung in den §§ 481 ff. BGB), Darlehensverträge und Finanzierungshilfen (Verbraucher-kredit-Richtlinie, Umsetzung in den §§ 491 ff., §§ 506 ff. BGB), Ratenlieferungsverträge (VRRRL, Umsetzung in § 510 BGB), Darlehensvermittlungsverträge (Verbraucherkredit-Richtlinie und Wohnimmobilienkredit-Richtlinie, Umsetzung in den §§ 655a ff. BGB) und Gewinnzusagen (§ 661a BGB⁷⁸). Eine Sonderstellung nimmt die Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen ein (Klausel-Richtlinie, Umsetzung in den §§ 305 ff.

⁷⁶ EuGH, 20.1.2005, Rs. C-464/01 – *Gruber*, Slg. 2005, I-439, Rn. 32f.; EuGH, 25.1.2018, Rs. C-498/16 – *Schrems/Facebook*, ECLI:EU:C:2018:37, Rn. 32; EuGH, 14.2.2019, Rs. C-630/17 – *Milivojević*, ECLI:EU:C:2019:123, Rn. 91. Siehe dazu auch § 35 Rn. 84.

⁷⁷ ErwGr. Nr. 17 VRRRL. Anders lauten indessen ErwGr. Nr. 22 Warenkauf-RL sowie ErwGr. Nr. 17 Digitale-Inhalte-RL, die beide die Einbeziehung von Dual-use-Verträgen lediglich in das Ermessen der Mitgliedstaaten stellen, siehe dazu unten § 22 Rn. 21 sowie § 23 Rn. 24.

⁷⁸ Die Norm wurde anlässlich der Umsetzung der Fernabsatz-RL in das BGB eingefügt; sie hat jedoch keinen unmittelbaren europarechtlichen Hintergrund. Die dogmatische Einordnung der Gewinnzusagen ist allerdings umstritten. Der Leistungsanspruch wird teils deliktisch, teils rechtsgeschäftlich, teils geschäftsähnlich eingeordnet, siehe dazu *Lorenz*, NJW 2006, 472 sowie unten § 32 Rn. 4.

BGB), die zwar primär, aber nicht exklusiv für Verträge zwischen Unternehmern und Verbrauchern eingreift.

- 31 Die Gruppe der Regelungen zu den Modalitäten des Vertragsschlusses besteht im Wesentlichen aus Fernabsatzverträgen (§ 312c BGB) und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen (§ 312b BGB), die beide auf die VRRL zurückgehen. In Umsetzung dieser Richtlinie wurden daneben in den §§ 312ff., 355ff. BGB allgemeine Regelungen zum Verbrauchervertrag in das BGB aufgenommen.

d) Schutzmechanismen

- 32 Der vertragliche Verbraucherschutz setzt an ganz unterschiedlichen Stellen an. Zentrale Bedeutung kommt den Informationspflichten des Unternehmers und dem Widerrufsrecht des Verbrauchers zu.⁷⁹ Weitere Vorschriften verhindern die Überwälzung von als unangemessen empfundenen Kosten auf den Verbraucher. Daneben greifen verbraucherschützende Mechanismen etwa im Bereich des Allgemeinen Schuldrechts in § 241a BGB – eine Norm, die indessen eher dem Lauterkeitsrecht als dem Vertragsrecht zuzuordnen ist –, im Internationalen Privatrecht (Art. 6 Rom I-VO⁸⁰), im Bereich der Rechtsdurchsetzung (Art. 17 ff. Brüssel Ia-VO; Unterlassungsklagen-RL bzw. UKlaG⁸¹) sowie durch die Förderung alternativer Streitschlichtungsmechanismen (ADR-RL und ODR-VO sowie VSBG⁸²).

5. Überindividuelle Ziele im Vertragsrecht

Literatur: *Arnold*, Vertrag und Verteilung. Die Bedeutung der iustitia distributiva im Vertragsrecht, 2014; *Bach/Wöbbecking*, Das Haltbarkeitserfordernis der Warenkauf-RL als neuer Hebel für mehr Nachhaltigkeit?, NJW 2020, 2672; *Halfmeier*, Nachhaltiges Privatrecht, AcP 216 (2016), 717; *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht. Staatliche Verhaltenssteuerung mittels Privatrecht und ihre Bedeutung für Rechtswissenschaft, Gesetzgebung und Rechtsanwendung, 2016; *Keirsbilck/Terryn* (Hrsg.), Consumer Protection in a Circular Economy, 2019; *Lurger*, Gerechtigkeitskonzepte für ein europäisches Vertragsrecht und Instrumente zu ihrer Umsetzung, in: *Arnold*, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 101; *V. Mak/Lujinovic*, Towards a Circular Economy in EU Consumer Markets – Legal Possibilities and Legal Challenges and the Dutch Example, EuCML 2019, 4; *Micklitz*, Squaring the Circle? Reconciling Consumer Law and the Circular Economy, EuCML 2019, 229; *Wendehorst*, Regulierungsprivatrecht. Verhaltenssteuerung durch Privatrecht am Beispiel des europäischen Verbrauchervertragsrechts, in: *Schumann* (Hrsg.), Das erziehende Gesetz, 2014, S. 113

⁷⁹ Dazu unten § 12.

⁸⁰ Dazu unten § 32 Rn. 39 ff.

⁸¹ Dazu unten § 35 Rn. 56, 82 ff.

⁸² Dazu *Stürmer*, GPR 2014, 122 sowie unten § 37.

a) Distributive Elemente

Nach klassischer Auffassung beschränkt sich der Zweck des Vertragsrechts in der Ermöglichung eines fairen und interessengerechten Austausches von Leistungen. Immer häufiger jedoch finden sich Forderungen, wonach auch die Normen des Privatrechts zur Erreichung überindividueller Zwecke dienstbar gemacht werden sollen. Hier geht es im Wesentlichen um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, mithin um die Berechtigung distributiver Elemente im Vertragsrecht. Im Grundsatz besteht Einigkeit, dass Verteilungsaufgaben vom öffentlichen Recht, insbesondere etwa vom Steuerrecht, übernommen werden müssen. Denn die Verteilungsgerechtigkeit kollidiert potentiell mit der Vertragsfreiheit; ein Marktteilnehmer muss sich gerade nicht zweckfinal verhalten, er kann auch irrational handeln und sich seine Vertragspartner aussuchen. Dies hat die Rechtsordnung zu respektieren.⁸³

Dennoch sind in jüngerer Zeit immer weitere Ausnahmen zu dieser Grundregel geschaffen worden.⁸⁴ Es handelt sich dabei um Normen, die politische Schutzermäßigungen in das vertragliche Austauschverhältnis hineinbringen, etwa im Bereich des Arbeitnehmerschutzes,⁸⁵ des Verbraucherschutzes⁸⁶ oder verstärkt auch bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung.⁸⁷ Auch der DCFR sieht sich als Instrument der Austauschgerechtigkeit (*iustitia commutativa*),⁸⁸ akzeptiert aber distributive Elemente insbesondere dann, wenn sie zum Schutz des Verbrauchers erforderlich sind.⁸⁹ Die Förderung einer auf Privatautonomie und Wettbewerb ausgerichteten Privatrechtsordnung (die also die kommutative Gerechtigkeit fördert), trägt wesentlich zur Erreichung von Verteilungsgerechtigkeit bei, indem sie den Bürgern einen leichten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen ermöglicht. Die Einfügung distributiver Elemente in das Privatrecht muss daher Ausnahmecharakter haben.⁹⁰

83 Deziert *Honsell*, in: FS Mayer-Maly, 2002, S. 287, 294 ff.; ebenso im Grundsatz auch *Canaris*, Die Bedeutung der *iustitia distributiva* im deutschen Vertragsrecht, 1997, S. 13 ff., 33, 73. Zum Begriff der Vertragsgerechtigkeit im europäischen Privatrecht *Lurger*, in: Arnold, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 101, 103 ff. Siehe dazu auch unten § 11 Rn. 7 ff.

84 Grundlegend dazu *Arnold*, Vertrag und Verteilung. Die Bedeutung der *iustitia distributiva* im Vertragsrecht, 2014, S. 263 ff., 297 ff.

85 *Canaris*, Die Bedeutung der *iustitia distributiva* im deutschen Vertragsrecht, 1997, S. 35 ff., 63 ff., 78 ff.

86 Hiergegen grundsätzlich *G. Wagner*, ZEuP 2007, 180, 200 ff., 208 ff. (das Vertragsrecht sei ungeeignet zur Umverteilung, da sich jede entsprechende Maßnahme in entsprechend höheren Preisen auswirke und die Zielrichtung daher ins Gegenteil verkehre); positiv dagegen *Hesselink*, ERCL 2005, 44, 52. Zum „edukatorischen“ Charakter des europäischen Verbraucherprivatrechts *Wendehorst*, in: Schumann, Das erziehende Gesetz, 2014, S. 113.

87 Dazu eingehend unten § 11 Rn. 7 ff. sowie §§ 19, 20.

88 Dazu noch unten § 11 Rn. 13.

89 *Von Bar/Clive/Schulte-Nölke*, DCFR 2008 Interim Edition, Introduction Nr. 24. Kritisch dazu *Eidenmüller/Faust/Grigoleit/Jansen/Wagner/Zimmermann*, JZ 2008, 529, 534 f.

90 *Canaris*, Die Bedeutung der *iustitia distributiva* im deutschen Vertragsrecht, 1997, S. 35 ff., nennt Mehrheitsbeschlüsse im Gesellschaftsrecht, Monopol- oder marktbeherrschende Unternehmen und das Arbeitsrecht als mögliche Anwendungsbereiche. Zur Ungeeignetheit des Vertragsrechts als Vertei-

b) Nachhaltigkeit

- 35 Der Begriff der Nachhaltigkeit ist kein Rechtsbegriff; er fand etwa in der Forstwirtschaft Anwendung und bedeutete dort, dass nicht mehr Holz geschlagen werden durfte als nachwachsen kann. Im modernen Kontext dient der Begriff eher als Projektionsfläche für alle als gut und richtig verstandenen Ziele einer verantwortungsvollen Politik und Wirtschaft. Insofern ist es schwierig, von einem „nachhaltigen Vertragsrecht“ zu sprechen. Allenfalls können einzelne Facetten der Nachhaltigkeit thematisiert werden.⁹¹
- 36 Die EU bekennt sich zu den 17 Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (United Nations Sustainable Development Goals – UNSDG) von 2015, mit der bis 2030 in den Bereichen Soziales, Umwelt und Wirtschaft eine Transformation der Volkswirtschaften hin zu einer nachhaltigeren Entwicklung vollzogen werden soll.⁹² Solche Entwicklungen können das Vertragsrecht in vielerlei Hinsicht beeinflussen. Wenn die bisherige Strategie der EU das Funktionieren des Binnenmarktes stets an erster Stelle sah, so dürfte diesbezüglich eine gegenläufige Entwicklung eingeleitet worden sein, auch wenn die Kommission immer wieder betont, dass sich die Ziele eines wirtschaftlichen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung nicht widersprechen.
- 37 Damit liegen die Dinge wohl anders als beim Verbraucherschutz: Dessen starke Betonung seit den 1990er Jahren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dieses Postulat letztlich stets der Stärkung des Binnenmarkts zu dienen bestimmt war, was sich bereits aus dem entsprechend formulierten Kompetenztitel in Art. 169 AEUV ergibt, der auf die allgemeine Binnenmarktklausel des Art. 114 AEUV verweist.⁹³ So lässt sich ein stetes Bemühen erkennen, die Leitsterne Binnenmarkt und Verbraucherschutz mit dem Gedanken eines nachhaltigen Wachstums zu verbinden. So formuliert etwa Erwägungsgrund Nr. 32 Warenkauf-RL: „Die Gewährleistung einer längeren Haltbarkeit von Waren ist wichtig für die Förderung nachhaltigerer Verbrauchergewohnheiten und einer Kreislaufwirtschaft.“ Das Recht auf Nacherfüllung des Verbrauchers bei Vertragswidrigkeit der Ware findet seine Rechtfertigung nicht etwa ausschließlich in der vertraglichen Abrede, sondern wird zusätzlich durch Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit legitimiert: „Wird dem Verbraucher die Möglichkeit geboten, eine Nachbesserung zu verlangen, dürfte dies einen nachhaltigen Verbrauch fördern und zur Verlängerung der Haltbarkeit von Produkten beitragen.“ (Erwägungsgrund Nr. 48 Warenkauf-RL).⁹⁴

lungsmechanismus eingehend *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 4. Aufl. 2015, S. 273 ff., 283 ff. Zur entsprechenden Debatte um die Funktion des Vertragsrechts im anglo-amerikanischen Raum *Zumbansen*, 14 Ind. J. Global L. Stud. 191 (2007); zur „Contract Governance“ aus deutscher Sicht *Möslein*, JZ 2010, 72; *Grundmann/Möslein/Riesenhuber* (Hrsg.), Contract governance: dimensions in law and interdisciplinary research, 2015; *Lurger*, in: Arnold, Grundlagen eines europäischen Vertragsrechts, 2014, S. 101, 115 ff.

⁹¹ Ansätze bei *Halfmeier*, AcP 216 (2016), 717.

⁹² Nähere Informationen finden sich unter <https://sustainabledevelopment.un.org/>.

⁹³ Näher unten § 6 Rn. 17.

⁹⁴ Für ein an Nachhaltigkeitsüberlegungen ausgerichtetes Verbraucherrecht *Micklitz*, EuCML 2019, 229.

Die EU-Kommission schlägt nun in ihrem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft **38** vom 11. März 2020⁹⁵ die Einführung eines „Rechts auf Reparatur“ vor.⁹⁶ Sollte dieses dereinst in die Warenkauf-Richtlinie eingefügt werden,⁹⁷ so würde das den Charakter des Kaufvertrags als Austauschvertrag verändern und mehr in Richtung eines Dauerschuldverhältnisses ausgestalten.⁹⁸ Zu vermuten steht, dass die rechtstatsächliche Bedeutung des Kaufvertrages mit einer steigenden Verfügbarkeit von Sharing- oder Leasingangeboten ohnehin abnehmen könnte.⁹⁹

Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Argumentation mit Nachhaltigkeit im **39** Vertragsrecht betrifft den Verbraucherwiderruf. Die Vielzahl der Retouren bei Verbrauchergeschäften haben den Widerruf bei Fernabsatzverträgen in Misskredit gebracht, da der Transport CO₂-Emissionen verursacht und die zurückgegebenen Waren vielfach schlicht vernichtet werden.¹⁰⁰ Eine ökonomisch orientierte Lösung dieses Problems bestünde darin, den Widerruf zu verteuern, indem nicht nur die Rücksendekosten (Art. 14 Abs. 1 UAbs. 2 VRRL), sondern auch die Hinsendekosten (anders im Moment Art. 13 Abs. 2 VRRL) dem Verbraucher in Rechnung gestellt würden. Dies würde allerdings zu Lasten des Verbraucherschutzniveaus gehen. So setzen die Lösungsvorschläge insgesamt eher auf der regulatorischen Ebene an. So soll eine Obhutspflicht im Kreislaufwirtschaftsgesetz eingeführt werden. Nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union vom 20.5.2020 dürften Retouren nur noch vernichtet werden, wenn dies etwa aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen nötig ist.¹⁰¹

Der Gedanke der Nachhaltigkeit findet schließlich neuerdings auch affirmativ Ver- **40** wendung, ohne primäres Regelungsziel zu sein: Der Regierungsentwurf eines Gesetzes für faire Verbraucherverträge vom 16.12.2020¹⁰² schlägt u. a. die Streichung von § 476 Abs. 2 Alt. 2 BGB vor, wonach eine vertragliche Verkürzung der Verjährungsfrist auf bis zu ein Jahr beim Kauf gebrauchter Sachen möglich ist. Nach der Rechtsprechung des EuGH verstößt dies gegen die Vorgaben der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie.¹⁰³ Nachdem eine richtlinienkonforme Rechtsanwendung hier methodisch auf unüberwindbare Schwierigkeiten stößt, musste der Gesetzgeber tätig werden. Der Regierungsentwurf versäumt aber nicht darauf hinzuweisen, dass durch die vorgeschlagenen Änderungen,

95 Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa, COM(2020) 98 final.

96 COM(2020) 98 final, S. 6.

97 S. dafür *Terryn*, in: Keirsbilck/Terryn, Consumer Protection in a Circular Economy, 2019, S. 127; *Kieninger*, ZEuP 2020, 264, 274 ff.

98 Dazu *Kitz*, Die Dauerschuld im Kauf, 2004; s.a. *Hübner*, ZfPW 2018, 227, 248.

99 So *Zoll*, in: Keirsbilck/Terryn, Consumer Protection in a Circular Economy, 2019, S. 149.

100 S. etwa *Der Spiegel* vom 12.6.2019 („Die Retourenrepublik“).

101 § 23 Abs. 2 Nr. 11 KrWG-E, BT-Drucks. 19/19373, S. 60.

102 Siehe https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Faire_Verbrauchervertraege.html [abgerufen am 23.12.2020].

103 EuGH, 13.7.2017, Rs. C-133/16 – *Ferenschild*, JZ 2018, 298, s. dazu unten § 22 Rn. 73 ff.

„unter anderem im Interesse eines nachhaltigen Konsums, die Marktfähigkeit gebrachter Sachen gefördert werden“ soll, was im Einklang mit Ziel 12 der UNSDG sowie dem dritten Leitprinzip der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stehe.¹⁰⁴

6. Die Rolle von Vereinheitlichungsprojekten

- 41** Die Bedeutung von akademischen Vereinheitlichungsprojekten als Teil des gemeineuropäischen Privatrechts wurde bereits erwähnt.¹⁰⁵ Besonders intensiv hat sich die europäische Rechtswissenschaft mit dem Vertragsrecht befasst. Dies lässt sich zum einen mit der zentralen Bedeutung der Institution des Vertrags innerhalb des Privatrechts erklären. Zum anderen ist das Vertragsrecht einer vergleichenden Betrachtung weitaus zugänglicher als andere Materien wie etwa das Sachenrecht,¹⁰⁶ das Familienrecht¹⁰⁷ oder das Erbrecht,¹⁰⁸ in denen entweder eine starke Verbundenheit mit institutionellen Gegebenheiten wie der Existenz von Registern wie im Immobiliarsachenrecht oder starke rechtskulturelle Eigenheiten der jeweiligen Systeme wie im Familien- und auch im Erbrecht eine vergleichende Betrachtung erschweren.
- 42** Letztlich mag aber auch ein Grund darin zu finden sein, dass der politische Wille zur Vereinheitlichung gerade des Vertragsrechts auf europäischer Ebene deutlich stärker ausgeprägt war als in anderen Bereichen. So hatte das Europäische Parlament bereits im Jahre 1989 in einer „Entschließung zu den Bemühungen um eine Angleichung des Privatrechts der Mitgliedstaaten“¹⁰⁹ eine Harmonisierung der Privatrechtsordnungen gefordert, bis hin zum Beginn der „erforderlichen Vorbereitungsarbeiten zur Ausarbeitung eines einheitlichen Europäischen Gesetzbuches für das Privatrecht“; gemeint war hier vor allem das Schuldrecht. Die Kommission, die zunächst eher zurückhaltender agierte, widmete sich dann zu Beginn des neuen Jahrhunderts intensiv der Harmonisierung des Vertragsrechts, angefangen mit einer Mitteilung zum Europäischen Vertragsrecht vom 11. Juli 2001,¹¹⁰ die dann zur Ausarbeitung des DCFR führte.¹¹¹

104 RegE eines Gesetzes für faire Verbraucherverträge vom 16.12.2020, S. 15.

105 Oben Rn. 7.

106 Siehe dazu *von Bar*, Gemeineuropäisches Sachenrecht Band I: Grundlagen, Gegenstände sachenrechtlichen Rechtsschutzes, Arten und Erscheinungsformen subjektiver Sachenrechte, 2015; *ders.*, Gemeineuropäisches Sachenrecht Band 2: Besitz, Erwerb und Schutz subjektiver Sachenrechte, 2019.

107 Hier sind die Arbeiten der Commission on European Family Law (CEFL) zu nennen, näher <https://ceflonline.net/>. Siehe dazu auch unten § 2 Rn. 91.

108 Zu nennen sind hier *Reid/de Waal/Zimmermann* (Hrsg.), Comparative Succession Law I: Testamentary Formalities, 2011; *dies.*, Comparative Succession Law II: Intestate Succession, 2015; *dies.*, Comparative Succession Law III: Mandatory Family Protection, 2020.

109 Vom 26.5.1989, ABL C 158 vom 26.6.1989, S. 400.

110 Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat und das Europäische Parlament zum Europäischen Vertragsrecht vom 11.7.2001, KOM(2001) 398 endg.

111 Zu diesem ausführlich unten § 3 Rn. 14 ff.

Pionierarbeit leistete insoweit die Commission on European Contract Law, auch – 43 nach ihrem Initiator, dem dänischen Rechtsprofessor *Ole Lando* – als Lando-Gruppe bekannt geworden, die sich in den frühen 1980er Jahren konstituierte. Die Principles of European Contract Law¹¹² als Ergebnis der Tätigkeit dieser Gruppe, die in drei Teilen veröffentlicht wurden,¹¹³ hatten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss insbesondere auch auf die Gesetzgebungstätigkeit in den osteuropäischen Neumitgliedstaaten der EU. Es ist vor allem diese Verwobenheit mit dem positiven Recht, die eine Beschäftigung mit den akademischen Entwürfen auch im Rahmen eines Buches, das sich primär mit dem geltenden europäischen Vertragsrecht auseinandersetzt, sinnvoll und lohnend erscheinen lässt.¹¹⁴

III. Sachbereiche des Europäischen Vertragsrechts

Das Europäische Vertragsrecht zerfällt wiederum – bei weiter Betrachtung – in zwei 44 Teilbereiche: Es konstituiert sich zum einen aus dem Europäischen Vertragsrecht im engeren Sinne als Summe aller materiellrechtlichen Normen, und zum anderen aus dem europäischen internationalen Vertragsrecht, also der Gesamtheit derjenigen Regeln, die bei Sachverhalten mit grenzüberschreitendem Bezug das auf den Vertrag anwendbare (Sach-)Recht erst bestimmen.

1. Materielles europäisches Vertragsrecht

Zum materiellen Vertragsrecht gehören diejenigen Normen, aus denen sich Rechte 45 und Pflichten der Rechtsunterworfenen ergeben. Dies kann auch indirekt geschehen, sodass insbesondere auch Richtlinien mit privatrechtlichem Inhalt hierher gehören, aus denen sich Rechte und Pflichten regelmäßig erst nach einer Umsetzung in das mitgliedstaatliche Recht ergeben.

¹¹² Siehe dazu einführend *Zimmermann*, JURA 2005, 289 und 441 sowie unten § 4 Rn. 2ff.

¹¹³ *Beale/Lando*, The Principles of European Contract Law, Part I, Performance, Non Performance and Remedies, 1995, deutsche Übersetzung in ZEuP 1995, 864; *Lando/Beale*, Principles of European Contract Law, Parts I and II, 2000, als deutsche Übersetzung erschienen in: *von Bar/Zimmermann*, Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teile I und II, 2002; *Lando/Clive/Prüm/Zimmermann*, Principles of European Contract Law, Part III, 2003, als deutsche Übersetzung erschienen in: *von Bar/Zimmermann*, Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts, Teil III, 2005.

¹¹⁴ Näher zu den akademischen Entwürfen unten § 4.

2. Internationales Vertragsrecht

- 46** Im Gegensatz dazu befassen sich die Regeln des internationalen Vertragsrechts nicht mit dem Bestand und dem Inhalt von vertraglichen Rechten und Pflichten;¹¹⁵ sie greifen auf einer Vorstufe dazu ein, indem sie den bei Sachverhalten mit grenzüberschreitendem Bezug bestehenden „Konflikt“ zwischen verschiedenen Rechtsordnungen durch Berufung einer (oder mehrerer) anwendbarer Sachrechte lösen. Im Ausgangspunkt setzt jeder Staat solche Kollisionsregeln autonom fest. Dies kann zu divergierenden Anknüpfungen führen und mittelbar wiederum unterschiedliche Ausgangspositionen für die Binnenmarktakteure schaffen. Die Harmonisierung des Binnenmarktes im Sinne eines Marktteilnehmerrechts erfasst folglich auch das Kollisionsrecht. Wegweisend für die Kollisionsrechtsvereinheitlichung war das Römische Schuldvertragsübereinkommen von 1980 (EVÜ),¹¹⁶ das mangels Kompetenz der EG noch im Wege der intergouvernementalen Zusammenarbeit als völkerrechtlicher Vertrag geschaffen wurde. Es enthält einheitliche Kollisionsregeln für vertragliche Schuldverhältnisse, die in Deutschland in den Art. 27–37 EGBGB a. F. umgesetzt worden waren.
- 47** Mit dem Vertrag von Amsterdam hat die EG weitreichende Kompetenzen für die Justizielle Zusammenarbeit hinzugewonnen, die auch das Internationale Privatrecht umfassen (Art. 81 Abs. 2 lit. c AEUV).¹¹⁷ Nach längeren Vorarbeiten trat am 17. Dezember 2009 die Rom I-VO über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht in Kraft.¹¹⁸ Sie baut auf dem EVÜ auf und entwickelt dieses maßvoll weiter.¹¹⁹
- 48** Mit in den Blick genommen werden muss auch die Rom II-VO über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht.¹²⁰ Diese regelt das Rechtsinstitut der culpa in contrahendo, das auf europäischer Ebene – anders als dies überwiegend für das deutsche Recht gesehen wurde – als außervertragliches Schuldverhältnis qualifiziert wird (Art. 2 Abs. 1, 12 Rom II-VO). Die Verordnung folgt damit der Rechtsprechung des EuGH zum Deliktsgerichtsstand des Art. 5 Nr. 3 Brüssel I-VO (heute: Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO), die den Anspruch aus culpa in contrahendo jedenfalls dann deliktisch qualifiziert, wenn es nicht zum Vertragsschluss gekommen ist.¹²¹ Art. 12 Abs. 1 Rom II-VO sieht allerdings eine akzessorische Anknüpfung an das (hypothetische) Vertragsstatut vor. Nur dann, wenn sich dieses nicht ermitteln lässt, kommt das Deliktsstatut zur Anwendung (Art. 12 Abs. 2 Rom II-VO).¹²²

115 Eingehend dazu unten § 29.

116 Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980, in Kraft getreten am 1.4.1991.

117 Näher *Stürmer*, in: Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV, 2017, Art. 81 AEUV Rn. 1ff.

118 Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. 2008, L 177/6.

119 Siehe unten § 32.

120 Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), ABl. 2007, L 199/40.

121 EuGH, 17.9.2002, Rs. C-334/00 – *Tacconi*, IPRax 2003, 143.

122 Näher unten § 32 Rn. 84ff.